

N i e d e r s c h r i f t

über die am **Mittwoch**, dem **12. November 2008**, um **17:30 Uhr**, im Gemeinderatssaal des Rathauses stattgefundene **5. Sitzung des Gemeinderates** der Freistadt Eisenstadt.

Anwesend waren: Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel als Vorsitzende, die Vizebürgermeister Mag. Josef Christian Schmall (ÖVP) und Heinz Mock (SPÖ), die Stadträte wHR Mag. Dr. Michael Freismuth (ÖVP), Dipl.-Ing. Erwin Tinhof (ÖVP), Mag. Josef Mayer (ÖVP) und Günter Kovacs (SPÖ), die Gemeinderäte Dipl.-Ing. Reinhard Schweifer (ÖVP), Angela Fleischhacker (ÖVP), Elisabeth Leeb (ÖVP), Johann Skarits (ÖVP), Istvan Deli (ÖVP), wHR Dipl.-Ing. Richard Höbaus (ÖVP), Josef Weidinger (ÖVP), Johann Wagner (ÖVP), Andrea Zänglein (ÖVP), Mag. Thomas Steiner (ÖVP), Gabriele Reisner (ÖVP), Elmar Benedek (SPÖ), Mag. Claudia Kreiner-Ebinger (SPÖ), Mag. Susanne Wallner-Osztoivits (SPÖ), Dipl.-Ing. Gerald Gebhardt (SPÖ), Peter Hutap (SPÖ), Melitta Martinek (SPÖ), Géza Molnár (FPÖ) bis 19:00 Uhr, Günther Billes (FPÖ) bis 19:00 Uhr, Mag. Yasmin Dragschitz (Grüne) bis 19:00 Uhr, Julia Tinhof (Grüne) bis 19:00 Uhr und die Stadtbezirksvorsteherin des Stadtbezirkes Eisenstadt Barbara Riedl sowie Magistratsdirektor Senatsrat Dr. Walter Horvath zugleich als Schriftführer.

Entschuldigt war: Gemeinderat Walter Laciny (ÖVP)

Die Vorsitzende begrüßt die Erschienenen, stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest und bestellt die Gemeinderäte Johann Wagner und Günther Billes zu Beglaubigern dieser Niederschrift.

Verhandlungsschrift vom 30.09.2008, Genehmigung

Die Vorsitzende stellt fest, dass die Verhandlungsschrift vom 30.09.2008 unterfertigt und beglaubigt für die Mitglieder des Gemeinderates zur Einsicht aufgelegt wurde. Da hierüber keine Einwendungen erfolgten und auch keine Wortmeldungen vorliegen, trifft sie die Feststellung, dass die Verhandlungsschrift vom 30.09.2008 einstimmig genehmigt worden ist.

Es wurde **1 Antrag** von der **FPÖ** eingebracht, und zwar:

ZI: 004-1/1/119-2008:

Die Bürgermeisterin wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Vertretern des Landes für eine Sanierung der Fußgängerunterführung in der Bahnstraße einzusetzen.

Frau Bürgermeisterin berichtet dazu, dass Sie gerne der FPÖ den Schriftverkehr der von der Stadt Eisenstadt und von den verschiedenen Bürgermeistern die zu diesem Punkt schon gemacht wurden, zukommen zu lassen. Ich freue mich über die Unterstützung aller anderen Fraktionen bei diesem Punkt.

Der Antrag wird dem Bauausschuss zugewiesen.

Es wurde **1 Antrag** von der **ÖVP** eingebracht, und zwar:

ZI: 004-1/1/118-2008:

Der Ausschuss für Kultur und Tourismus möge unter Einbeziehung aller Fraktionen Richtlinien für die Vergabe von Ständen bei städtischen Veranstaltungen an politische Parteien und Parteiorganisationen erstellen.

Der Antrag wird dem Kultur- und Tourismusausschuss zugewiesen.

Es wurden **2 Anträge** von der **SPÖ** eingebracht, und zwar:

ZI: 004-1/1/123-2008:

Der Gemeinderat möge eine Aufhebung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen an Samstagen beschließen, um potentiellen KundInnen das kostenlose Parken zu ermöglichen und so für eine Belebung des innerstädtischen Geschäftslebens zu sorgen.

Der Antrag wird dem Finanzausschuss zugewiesen.

ZI: 004-1/1/122-2008:

Der Gemeinderat möge die Erstellung eines Maßnahmenkatalogs – unter Einbeziehung des Stadtmarketings, der Gewerbetreibenden und eventuell externer ExpertInnen – zur Belebung der Innenstadt beschließen.

Frau Bürgermeisterin möchte darauf aufmerksam machen, dass es so etwas schon mal vor 2 Jahren gegeben hat.

Der Antrag wird dem Finanzausschuss zugewiesen.

Es wurden **2 Anfragen** von der **FPÖ** eingebracht, und zwar:

ZI: 004-1/1/120-2008:

Welche Vereine wurden im Jahr 2008 bislang mit einer Subvention bedacht? (Um folgende Angaben wird gebeten: Institution, Datum des Ansuchens, angesuchter Betrag, gewährter Betrag, Zweck der Subvention, Datum des Beschlusses, bewilligendes Organ, Datum der Überweisung)

Die Anfrage wird bis zur nächsten Gemeinderatssitzung beantwortet.

ZI: 004-1/1/121-2008:

Kosten der gewählten Organe der Stadt von 1998 bis 2008

Die Anfrage wird spätestens bis zur nächsten Gemeinderatssitzung beantwortet.

1. 8. digitale Änderung Flächenwidmungsplan der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt, vereinfachtes Verfahren, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Herrn Gemeinderat Josef Weidinger das Wort. Dieser erstattet folgenden

Bericht

1. Stand der örtlichen Raumplanung, Vorhaben, Ziele, Änderungsanlass

Die Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt besitzt einen digitalen Flächenwidmungsplan (dFWP) aus dem Jahr 2003 (Beschluss des Gemeinderats vom 21.10.2003, Genehmigung durch Bescheid der Landesregierung vom 28.01.2004, Zahl: LAD-RO-3317/235-2003).

Dieser wird derzeit ein achttes Mal abgeändert. Die vorliegende 8. Änderung des digitalen Flächenwidmungsplanes wird als vereinfachtes Verfahren nach § 18a des Bgld. Raumplanungsgesetzes i.d.g.F. durchgeführt und beinhaltet zwei Änderungspunkte.

Ziel der Landeshauptstadt Eisenstadt ist es, die Wohnqualität in der Landeshauptstadt aufrecht zu erhalten und auszubauen. Dabei sollen die vorhandenen Siedlungsgrenzen beibehalten werden. Gleichzeitig ist man bemüht, die hochrangige Versorgungsqualität der Landeshauptstadt sicher zu stellen.

Im Ried „Mitterjoch“ planen derzeit zwei burgenländische Siedlungsgenossenschaften die Errichtung von mehrgeschossigen Wohnbauten und Reihenhäusern. Es sollen rund 250 Wohneinheiten in bis zu vier Bauetappen entstehen. Im rechtswirksamen Flächenwidmungsplan ist die südwestliche Grenzfläche des Planungsgebietes als Grünfläche-Hausgärten (Ghg) festgelegt. Diese soll nun, ohne die Sinnhaftigkeit der Widmung zu verringern, verschmälert werden.

Der zweite Änderungspunkt beschäftigt sich mit einer geringfügigen Baulanderweiterung des Gastronomiebetriebes „Erich's Bierstüberl“.

Die Voraussetzungen für ein Verfahren gemäß § 18a (siehe Kapitel 3.2) als auch ein Änderungsanlass lt. Burgenländischen Raumplanungsgesetz i.d.g.F. liegen vor, eine Übereinstimmung mit den Zielen der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt ist gegeben.

2. Änderung des digitalen Flächenwidmungsplanes (2. Änderung)

2.1 Beschreibung der Änderungspunkte

Änderungspunkt 1: Reduzierung der Breite der gewidmeten „Grünfläche-Hausgärten“ (Ghg) im Ried „Mitterjoch“, KG Kleinhöflein

Es erfolgt eine Umwidmung von Teilflächen der Grundstücke Nr. 3034/1, 3033/1, 3030, 3029/1, 3028/1, 753, 754 und 755 von Ghg in Bauland-Wohngebiet (BW) bzw. Aufschließungsgebiet-Wohngebiet (AW) im Ausmaß von rd. 130 m².

Der Baulanddruck im Ried „Mitterjoch“ ist sehr hoch. Die bereits vorhandenen Studentenwohnungen und Genossenschaftsbauten üben einen Siedlungsdruck auf den „Hintausweg“ (Vierhapstraße) im Süd-Westen des ggst. Planungsgebietes aus. Im „Hintausbereich“ der sogenannten „Laszakovits-Gründe“, nordwestlich des Mitterjochweges, gibt es immer wieder Anfragen um eine Baulandwidmung für Betriebsansiedlungen.

Die Festlegung der Widmung Ghg wurde aus prinzipiellen Gründen und ohne die damals absehbaren Hochbauplanungen festgelegt. Folgende Überlegungen führten damals zur Widmungsfestlegung Ghg:

- Keine weitere Wohnbaulandentwicklung und Verkehrserschließung Richtung Süd-West, über den Hintausweg (Vierhapstraße) hinaus.
- Dieses „Zufahrtsverbot“ von der Vierhapstraße wurde durch die Widmung Ghg in einer Breite von ca. 15 m dokumentiert.
- Die Grünflächenwidmung soll die im Stadtentwicklungsplan (STEP) festgelegte Siedlungsgrenze langfristig sicherstellen.

Die beiden Bauprojekte der Pötttschinger Siedlungsgenossenschaft und der OSG wurden mit den Vertretern der Stadtgemeinde diskutiert und deren Planungen auf die o.a. Ziele der Stadtgemeinde ausgerichtet. Es erscheint sinnvoll, Flächen nicht mehr als notwendig für die raumplanerische Ordnungsmaßnahme als Ghg festzulegen. Aus diesem Grund wird die Breite der Fläche Ghg auf 8 m reduziert.

Auch die im STEP festgelegte Siedlungsgrenze entlang des Mitterjochweges (Hintausbereich der „Laszakovits-Gründe“) soll langfristig aufrecht gehalten werden.
 Änderungspunkt 2: Umwidmung von Verkehrsfläche auf Bauland-Geschäftsgebiet (BG), rd. 20 m², KG Eisenstadt

Der Gastronomiebetrieb „Erich's Bierstüberl“ soll flächenmäßig geringfügig erweitert und innerbetrieblich neu organisiert bzw. neu gestaltet werden.

Der Traditionsbetrieb plant eine bauliche Erweiterung auf jener Fläche, die derzeit als Schanigarten am Hyrtlplatz genutzt wird (Grst. Nr. 26, KG Eisenstadt, rd. 20 m²). Nach der Errichtung des Bauvorhabens verbleibt eine Breite des Fußweges (Verkehrsfläche) von 1,50 m. Die fußläufige Verkehrssicherheit ist somit gegeben.

Die benötigte Verkehrsfläche ist derzeit „öffentliches“ Gut und wird in der Gemeinderatsitzung am 12.11.2008 als solche entwidmet (Änderung auf „Freistadt Eisenstadt“). Dem Betreiber wird ein Baurecht eingeräumt. Aus diesen Gründen erfolgt eine Änderung des Flächenwidmungsplanes.

2.2 Änderung im vereinfachten Verfahren

Im Folgenden werden die für ein vereinfachtes Verfahren erforderlichen Nachweise zusammengefasst. Nähere und ergänzende Erläuterungen sind im vorherigen Kapitel 2.1 enthalten.

- In beiden Fällen liegen konkrete dringende Bauvorhaben vor (Baubeginn in Kürze). Ein herkömmliches Verfahren mit öffentlicher Auflage ist daher nicht zumutbar. Die vorliegende 8. Änderung des digitalen Flächenwidmungsplans wird deshalb als vereinfachtes Verfahren gemäß § 18a des Burgenländischen Raumplanungsgesetzes durchgeführt.
- Der widmungsgemäßen Verwendung der betroffenen Grundstücksflächen stehen keine öffentlichen Interessen wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Natur entgegen. Sämtliche Änderungen entsprechen den Zielen der Gemeinde (Umsetzung des STEP und langfristige Sicherung der Siedlungsgrenzen bzw. Sicherung des Versorgungsstandortes Eisenstadt). Andere Nutzungen, zB für bestimmte öffentliche Zwecke, sind nicht vorgesehen.
- Bei den beiden Änderungsfällen handelt es sich um Optimierungen von Planungsabsichten mit geringfügigem Flächenbedarf. Eine wesentliche Veränderung der Ortsstruktur und negative Auswirkungen auf das Orts- und Landschaftsbild sind daher nicht zu erwarten.
- Die verkehrliche Erschließung ist gesichert. Ver- und Entsorgungseinrichtungen sind nicht erforderlich.
- Rechte der Nachbarn werden nicht verletzt, eine unzumutbare Beeinträchtigung der Nachbarn ist nicht zu befürchten. Die Nachbarn sind von der betreffenden Flächenwidmungsplanänderung nicht betroffen.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt den Beschlussantrag die Verordnung für die 8. Änderung des digitalen Flächenwidmungsplanes der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt zu beschließen.

V E R O R D N U N G

**des Gemeinderates der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt vom 12.11.2008,
mit der der Flächenwidmungsplan geändert wird (8. Änderung).**

Aufgrund des § 18a des Burgenländischen Raumplanungsgesetzes, LGBl.Nr. 18/1969, in der geltenden Fassung, wird verordnet:

§ 1

Der Flächenwidmungsplan der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt (Verordnung des Gemeinderates vom 21.10.2003, in der Fassung der 7. Änderung) wird gemäß den inhaltlichen Festlegungen des beiliegenden digitalen Datensatzes geändert.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit dem ersten Tag ihrer Kundmachung in Kraft.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

2. Buresch Maria, Grundabtretung, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Herrn Gemeinderat Josef Weidinger das Wort. Dieser stellt folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Die Freistadt Eisenstadt als Vertreterin des öffentlichen Gutes übernimmt unentgeltlich und lastenfrei auf Grund des Teilungsplanes GZ: 12039/05 der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, folgende Teilstücke, welche Frau Buresch Maria, Schottenbastei 4/13, 1010 Wien abgetreten hat, in die Verwaltung als öffentliches Gut:

Fig.	vom Grst.Nr.	m²	EZ.	KG.
1	2341/1	302	505	Kleinhöflein
2	2343/1	91	877	Kleinhöflein

Obige Teilstücke werden als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) gewidmet und sind in das Grundstück Nr. 2340, EZ. 3, KG. Kleinhöflein, einzubeziehen.

Sämtliche mit der Abtretung in Zusammenhang stehenden Kosten gehen zu Lasten von Frau Buresch Maria.

Durch diese Maßnahme werden die Wertgrenzen gem. § 85 des Eisenstädter Stadtrechtes nicht überschritten.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

Die Vorsitzende stellt fest, dass eine Wortmeldung von Gemeinderat Mag. Thomas Steiner zur Geschäftsordnung vorliegt. Sie erteilt ihm das Wort. Dieser führt aus:

„Ich möchte feststellen, dass ich in der letzten Gemeinderatssitzung eine Anfrage an Herrn Stadtrat Günter Kovacs gestellt habe. Er hat mir damals gesagt, dass er das schriftlich bis zum Beginn der Sitzung beantworten wird. Herr Stadtrat Kovacs hätte auch bis zum Eingang der Tagesordnung eine mündliche Beantwortung durchführen können und ich möchte jetzt feststellen, dass er das nicht gemacht hat und damit das Stadtrecht und die Geschäftsordnung missachtet hat.“

Stadtrat Günter Kovacs:

„Hoher Gemeinderat, meine Damen und Herren!

Es tut mir jetzt wirklich leid, ich habe das mit den Anträgen bzw. Anfragen vergessen. Ich glaube, die Antworten sind da. Wenn man darüber hinwegsehen könnte, dann könntest du heute noch die Antworten erhalten.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Die Antwort von Herrn Gemeinderat ist handschriftlich und ich übergebe das gerne am Ende der Gemeinderatssitzung.“

3. Lehrlingsförderung, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Herrn Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth das Wort. Dieser erstattet folgenden

Bericht

Studenten bekommen pro Semester einen Zuschuss in Höhe von € 50,-- für das Semesterticket. Viele Lehrlinge haben im Laufe Ihrer Ausbildung ebenfalls hohe Fahrtkosten zu tragen. Aus diesem Grund haben die Gemeinderäte Istvan Deli (ÖVP), Julia Tinhof (Grüne) und Géza Molnár (FPÖ) folgenden Vorschlag dem

Vorsitzenden des Finanzausschusses vorgelegt, der zum Beschlussantrag erhoben werden soll:

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt beschließt einen Fahrkostenzuschuss für Lehrlinge einzuführen.

Die Höhe des Zuschusses ist an folgende Kriterien gebunden:

- **Entfernung des Ausbildungsortes vom Hauptwohnsitz > 30 km:
100 Euro/Lehrjahr**
- **Hauptwohnsitz in Eisenstadt**
- **Vorlage der Lehrlingsbestätigung**
- **Beginn der Lehre bis zum vollendeten 19. Lebensjahr**

Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth:

„Zum Tagesordnungspunkt Lehrlingsförderung möchte ich sagen, dass Gemeindejugendreferent Istvan Deli gemeinsam mit Julia Tinhof und Géza Molnár einen Antrag auf Lehrlingsförderung eingebracht haben. Wir haben diesen Antrag im Finanzausschuss beraten und auch beschlossen, leider ist ein Redaktionsversehen passiert und deswegen wird es zu diesem Antrag einen Abänderungsantrag vom Gemeindejugendreferenten Istvan Deli geben.

Gemeinderat Istvan Deli:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Magistratsdirektor, hoher Gemeinderat!

Bevor ich den Antrag vorlese, möchte ich kurz die Gelegenheit nutzen, um mich bei meinen beiden Gemeinderatskollegen und auch bei dir Günther, für die gute Zusammenarbeit zu bedanken. Ich finde das eine super Sache, dass wir das geschafft haben, dass gemeinsam mit FPÖ und Grünen zu beschließen.

Ich möchte daher folgenden Abänderungsantrag stellen:

Bericht

Die Lehrlingsförderung soll für alle Eisenstädter Lehrlinge, deren Ausbildungsort außerhalb von Eisenstadt liegt, unabhängig von der Entfernung zum Ausbildungsort ausbezahlt werden.

ABÄNDERUNGSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt beschließt in Abänderung des Finanzausschuss-Beschlusses vom 04.11.2008 einen Fahrtkostenzuschuss für Lehrlinge, deren Ausbildungsort außerhalb des Hauptwohnsitzes Eisenstadt liegt, einzuführen.

Die Höhe des Zuschusses von € 100,--/Lehrjahr ist an folgende Kriterien gebunden:

- **Hauptwohnsitz in Eisenstadt**
- **Vorlage der Lehrlingsbestätigung**
- **Beginn der Lehre bis zum vollendeten 19. Lebensjahr**

Die Vorsitzende stellt fest, dass eine Wortmeldung von Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz vorliegt. Sie erteilt ihr das Wort. Diese führt aus:

„Sehr geehrte Anwesenden!

Ich möchte nur kurz etwas zur Genese von diesem Antrag sagen. Es hat in diesem Budget für das Jahr 2008 zwei Dinge gegeben, die die Grünen hineinreklamiert haben. Das eine war die Solarförderung und das zweite war die Geschichte mit dem Semesterticket, dass das von der Stadt für Studenten unterstützt wird. In einer Gemeinderatssitzung – ich glaube vor der Sommerpause – hat die Frau Gemeinderätin Claudia Kreiner-Ebinger auch den Vorschlag gemacht, dass Geld das auf diesem Budgetposten noch zur Verfügung steht, für die Förderung von Studenten zu verwenden und auch für Semestertickets. Es hat nach einer der letzten Gemeinderatssitzungen ein Gespräch mit Istvan Deli gegeben, wo auch die Frage aufgetaucht ist, ob wir das wirklich für Studenten, nachdem die Studenten jetzt schon vom Land gefördert werden, verwenden oder ob man nicht eine andere Zielgruppe anspricht. Man hat sich dann für die Zielgruppe Lehrlinge entschieden und ich finde, dass das eine ganz eine tolle Geschichte ist. Ich hoffe, dass die SPÖ - auch wenn sie jetzt keinen Jugendreferenten haben - damit einverstanden sind, dass die Gelder eben für die Zielgruppe Lehrlinge verwendet werden. Ich wollte das nur zur Genese sagen und finde das eine super Geschichte. Danke.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Danke, Frau Gemeinderätin, ich kann Ihrer Wortmeldung nur zustimmen und erinnere mich gut an einen Gemeinderat, wo der Antrag der SPÖ kam und ich den Vorschlag machte, dass sich unsere jungen Gemeinderäte damit beschäftigen und die Jugendgemeinderäte einen Vorschlag gemeinsam ausarbeiten. Es freut mich sehr, dass das so gut funktioniert hat.“

Gemeinderätin Mag. Susanne Wallner-Osztovits:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte!

Die SPÖ stimmt diesem Antrag voller Freude zu. Es ist sehr gut, dass endlich für die Zielgruppe der Lehrlinge etwas gemacht wird und dass unsere Stadt dafür Geld ausgibt. Was ein bedeutender Wehmutstropfen für uns ist, ist das im Gegenzug dafür, wie mir von Gemeinderat Istvan Deli erklärt worden ist, eben kein Zuschuss zum Semesterticket erfolgen kann. Für uns hat die eine Sache, mit der anderen Sache nichts zu tun, dass sind zwei unterschiedliche Zielgruppen und zwei unterschiedliche Ausbildungsgruppen. Diesem Antrag nach Lehrlingsförderung stimmen wir allerdings voller Freude zu. Ein weiterer Wunsch von uns wäre, dass die Möglichkeit das es diese Lehrlingsförderung gibt, bitte deutlich an die jungen Menschen zu kommunizieren und eventuell an prominenterer Stelle, als es beim Heizkostenzuschuss war, auch im Amtsblatt zu drucken.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Es kommt ins Amtsblatt, es kommt auch auf die Homepage und es wird auch unten im Rathaus angeschlagen. Auch der Heizkostenzuschuss war im Amtsblatt in prominenter Stelle und bei den Wiederholungen weiter hinten.“

Vizebürgermeister Heinz Mock:

„Frau Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat!

Es ist zwar genauso passiert, dass die Jugendgemeinderäte der Fraktionen FPÖ, ÖVP und Grüne diesen Antrag eingebracht haben, aber mit einer Beschränkung. Ich möchte sagen, dass wir im Finanzausschuss darüber diskutiert haben und dass von uns der Vorschlag gekommen ist, dies ohne Beschränkung zu machen, dass jeder gleich viel Geld bekommen soll, das heißt auch der Student hat pro Semester € 50,-- somit soll auch der Lehrling für das ganze Jahr gesehen, € 100,-- bekommen und es soll hier nicht auf 30 km eine Beschränkung sein, weil es ist sehr oft knapp, einer 29

und einer 31, es sind € 50,-- Unterschied. Ich glaube, dass kann mir der Vorsitzende bestätigen, dass die SPÖ sich sehr wohl dafür eingesetzt hat eine Änderung zu erreichen. Wir wünschen uns, obwohl in unserer Fraktion kein Jugendgemeinderat ist, dass wir gerne einen zuständigen Jugendlichen oder unsere jüngste Gemeinderätin zu euch zu schicken um ebenfalls mit zu diskutieren.“

Wir kommen jetzt zur Abstimmung des eingebrachten Abänderungsantrages.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

4. Höld, Zuttion, Horvath und Eder – Grundabtretung, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Herrn Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth das Wort. Dieser stellt folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Die Freistadt Eisenstadt als Vertreterin des öffentlichen Gutes übernimmt unentgeltlich und lastenfrei auf Grund des Teilungsplanes GZ: 12697d/08 vom 29.5.2008, der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, folgende Teilstücke in die Verwaltung als öffentliches Gut:

Fig.	vom Grst.Nr.	m²	EZ	KG	Eigentümer
1	3064/2	20	1288	Eisenstadt	Höld Helga, Birkenweg 20/2, 7000 Eisenstadt u. Zuttion Maria, Badhausstraße 8, 6080 Innsbruck;
2	3065	20	500	Eisenstadt	Horvath Anna, Georgistraße 11, 7000;
3	3066	38	134	Eisenstadt	Eder Paul u. Maria, Dr. K.Renner-Str. 3, 7000;

Obige Teilstücke werden als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) gewidmet. Die Teilflächen Fig, 1, 2 und 3 sind in das Grundstück Nr. 3067/9, EZ 7, KG Eisenstadt einzubeziehen.

Sämtliche mit den Abtretungen in Zusammenhang stehenden Kosten gehen zu Lasten der Freistadt Eisenstadt.

Durch diese Maßnahmen werden die Wertgrenzen gem. § 85 des Eisenstädter Stadtrechtes nicht überschritten.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

5. Kirchäcker West – Grundabtretung, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Herrn Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth das Wort. Dieser stellt folgenden

BESCHLUSSANTRAG

a) Grundabtretung an das öffentliche Gut

Die Freistadt Eisenstadt als Vertreterin des öffentlichen Gutes übernimmt unentgeltlich und lastenfrei auf Grund des Teilungsplanes GZ: 11082f/08 vom 02.07.2008 der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, folgende Teilstücke in die Verwaltung als öffentliches Gut:

Fig.	vom Grst.Nr.	m²	EZ.	KG.	Eigentümer
3	3057/7	691	4321	Eisenstadt	B-Süd Gemeinn. WohnungsgesmbH, Markstr. 3, 7000;
5	3057/6	221	4320	Eisenstadt	- " -
7	3057/8	296	4322	Eisenstadt	Neue Eisenstädter gemeinn. Bau-, Wohn- u. SiedlungsgesmbH, Mattersburger Str. 3A, 7000;
8	3057/11	657	4328	Eisenstadt	Freistadt Eisenstadt
9	3060/2	122	4410	Eisenstadt	GIWA Handels GmbH, Schrankenbergg. 18-20/II/28, 1100 Wien;
10	3057/5	230	4326	Eisenstadt	Neue Eisenstädter gemeinn. Bau-, Wohn- u. SiedlungsgesmbH, Mattersburger Str. 3A, 7000;
11	3057/6	229	4320	Eisenstadt	B-Süd Gemeinn. WohnungsgesmbH, Markstr. 3, 7000;
12	3008	456	312	Eisenstadt	Oberwarter gemeinn. Bau-, Wohn- u. Siedlungsgen. reg.GenmbH, Rechte Bachg. 61, 7400 Oberwart;

22	3008	403	312	Eisenstadt	- " -
23	3008	1266	312	Eisenstadt	- " -
30	3008	519	312	Eisenstadt	- " -
29	3008	1020	312	Eisenstadt	- " -
34	3008	4123	312	Eisenstadt	- " -

Die Teilstücke Fig. 3, 5, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 22, 29 und 34 werden als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) gewidmet. Die Teilstücke Fig. 23 und 30 werden als öffentliches Gut gewidmet. Obige Teilflächen sind in folgende Grundstücke, KG Eisenstadt einzubeziehen:

Fig	Grst.Nr.	EZ.
3	3057/12	7
5	3057/12	7
7	3057/12	7
8	3057/12	7
9	3057/12	7
10	3057/12	7
11	3057/12	7
12	3057/12	7
22	3057/12	7
23	3008/5	neu
30	3008/7	neu
29	3068/1	7
34	3008/3	7

b) Grundabtretung des öffentlichen Gutes

Die Freistadt Eisenstadt als Vertreterin des öffentlichen Gutes tritt unentgeltlich auf Grund des Teilungsplanes GZ: 11082f/08 vom 2.7.2008 der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, folgende Teilstücke aus der EZ 7, KG Eisenstadt, ab:

Fig.	vom Grst.Nr. Eigentümer	m ²	Einbeziehung in das Grdst.Nr.	EZ	KG	
35	3057/13	9	3008/4	neu	Eisenstadt	neuer Eigentümer GIWA Handels GmbH, Schrankenber- gasse 18-20/II/28, 1100 Wien; Ankenbrand Christine, Lob- zeile 3, 7000; - " -
31	3067/9	33	3060/2	4410	Eisenstadt	
32	3067/9	2	3067/5	1908	Eisenstadt	
33	3068/1	3	3067/5	1908	Eisenstadt	

Obige Teilflächen werden als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) entwidmet.

c) Grundabtretung der Freistadt Eisenstadt

Die Freistadt Eisenstadt tritt unentgeltlich und lastenfrei auf Grund des Teilungsplanes GZ: 11082f/08 vom 02.07.2008 der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, ein Teilstück (Fig. 8) vom Grundstück Nr. 3057/11 im Ausmaß von 657 m², EZ. 4328, KG. Eisenstadt, an das Öffentliche Gut der Freistadt ab.

Obiges Teilstück ist in das Grundstück Nr. 3057/12, EZ 7, KG. Eisenstadt, einzubeziehen.

d) Grundübertragung innerhalb des öffentlichen Gutes

Innerhalb des öffentlichen Gutes, EZ. 7, KG. Eisenstadt, wird auf Grund des Teilungsplanes GZ: 11082f/08 vom 02.07.2008, der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt folgende Änderungen vorgenommen:

Fig.	vom Grundst.Nr.	m ²	Abfall zu Grundstück Nr.
21	3057/13	19	3057/12
36	3057/13	60	3068/1
52	3049/3	431	3057/12

Sämtliche mit der Abtretung in Zusammenhang stehenden Kosten gehen zu Lasten der Freistadt Eisenstadt.

Durch diese Maßnahme werden die Wertgrenzen gem. § 85 des Eisenstädter Stadtrechtes nicht überschritten.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

6. 1. Nachtragsvoranschlag 2008, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Herrn Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth das Wort. Dieser stellt folgenden

BESCHLUSSANTRAG

des Gemeinderates der Freistadt Eisenstadt über den 1. Nachtragsvoranschlag 2008 vom 12.11.2008.

In Abänderung des Jahresvoranschlags 2008 werden die im beigeschlossenen 1. Nachtragsvoranschlag bei den einzelnen Haushaltsstellen vorgesehenen Bruttoeinnahmen und Bruttoausgaben festgesetzt. Die Zusammenfassung der im Nachtragsvoranschlag festgesetzten Beträge ergibt folgende Schlusssummen:

	VA	1. NVA	Gesamt
a) Ordentl. Teil			
1) Summe Einnahmen	EUR 25.333.800	938.700,--	26.272.500
2) Summe Ausgaben	<u>EUR 25.333.800,--</u>	<u>938.700,--</u>	<u>26.272.500,--</u>
Überschuss	EUR 0,--	0,--	0,--
=====			
b) Außerordentl. Teil			
1) Summe Einnahmen	EUR 4.650.000,--	0,--	4.650.000,--
2) Summe Ausgaben	<u>EUR 4.650.000,--</u>	<u>0,--</u>	<u>4.650.000,--</u>
Überschuss/Abgang	EUR 0,--	0,--	0,--
=====			
c) Gesamtsumme			
1) Summe Einnahmen	EUR 29.983.800,--	938.700,--	30.922.500,--
2) Summe Ausgaben	<u>EUR 29.983.800,--</u>	<u>938.700,--</u>	<u>30.922.500,--</u>
Gesamtüberschuss	EUR 0,--	0,--	0,--

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Stadtrat wHR Mag.

Dr. Michael Freismuth das Wort. Dieser führt aus:

„Ich möchte Ihnen in der gebotenen Kürze den Nachtragsvoranschlag 2008 präsentieren und einige Gedanken daran knüpfen. Der Finanzausschuss hat sich in der letzten Sitzung ebenfalls eingehend damit befasst. Wenn wir uns dieses Jahr anschauen, aber auch die letzten Haushaltsjahre, dann können wir immer das gleiche Bild feststellen:

Die Freistadt Eisenstadt benötigt nur einen Nachtragsvoranschlag und vor allem die Tatsache, dass er Mitte bzw. Ende November ansteht, beweist, dass wir bei unseren Budgetplanungen außerordentlich gut gelegen sind. Diese Tatsache ist sicherlich einerseits dem außergewöhnlichen Fingerspitzengefühl des Herrn Finanzdirektors bei der Erstellung des Voranschlages zu verdanken, andererseits auch der relativ guten Budgetdisziplin der Verwaltung zuzuschreiben.

Dies führt nämlich dazu, dass es auch diesmal um vergleichsweise geringe Summen, nämlich um ca. 3,5 % des Gesamtbudgets geht.

Der jetzt zur Beratung und Beschlussfassung anstehende Nachtragsvoranschlag enthält auch keine großen Neuerungen, er ist aber dennoch notwendig geworden um verschiedene formale Umbuchungen und Kontenkorrekturen vorzunehmen, um doch vereinzelte – aus Sicht des Finanzreferenten unerwünschte - budgetäre Ausreißer zu korrigieren, die zum Zeitpunkt der Erstellung noch nicht absehbar waren. In Summe erhöht sich der ordentliche Haushalt um € 938.700,-- auf € 26.272.500,-- der Saldo des außerordentlichen Haushalts ist gleich geblieben. Nachdem Sie sich wie immer - geschätzte Kolleginnen und Kollegen – bei der Vorbereitung zur heutigen Gemeinderatssitzung sicherlich eingehend mit dem vorliegenden Zahlenwerk auseinandergesetzt haben, erlaube ich mir, nur exemplarisch einige größere Posten herauszuheben und zu erläutern.

Das Jahr 2008 stand unter dem Zeichen der großen Investitionen in den Bereichen Unterricht und Erziehung.

Die Neueröffnung und die Sanierung von Schulen und Kindergärten ziehen sich wie ein schwarzer Faden sowohl durch das Budget und naturgemäß auch durch den Nachtragsvoranschlag.

Die Gruppe 2 beispielsweise wurde daher auch mit über € 230.000,-- zusätzlichen Ausgaben nachjustiert.

Den größten Posten bei den Schulen belegt hier die VS St. Georgen mit € 101.000,-- wo sich einerseits zusätzliche Einbauten zur Verbesserung der Raumakustik mit € 20.000,-- zu Buche schlagen und andererseits nicht vorhersehbare Sanierungsarbeiten zum Nachbarn notwendig wurden, wobei hier zu prüfen wäre und geprüft wird, ob das nicht auch eine Versicherungssache ist und das Geld auf der anderen Seite wieder hereinkommt.

Bei der neuerrichteten Volksschule in Kleinhöflein wurde die Mietzahlung durch die termingerechte Eröffnung und auch die prompte Abrechnung bereits ab September schlagend - wie budgetiert im November- was zu einer Budgeterhöhung von € 66.000,-- führte. Außerdem wurden hier nachträglich noch diverse Kleinmöbel angeschafft. In Summe kommt es hier zu einer Erhöhung von € 79.200,--.

Der neue Kindergarten (+ € 154.200,--) und die Kinderkrippe (+ € 18.500,--) am Alois Schwarz-Platz wurden bereits im September eröffnet. Beide Einrichtungen bewirken zusammen mit den zusätzlichen Personalkosten beim Kindergarten in

Summe einen zusätzlichen Finanzbedarf in Höhe von € 172.700,--. Die Nachzahlung der Schulerhaltungsbeiträge für die Berufsschulen an das Land - ich habe bereits an anderer Stelle über diese unglaublichen Raubrittermethoden berichtet -, konnte vorsorglich bereits 2007 getätigt werden. Die dadurch im heurigen Budgetjahr „eingesparten“ Mittel erleichterten uns die überaus wertvollen und dringenden Investitionen in die Zukunft unserer Kinder zu gestalten. Nicht bei dieser Ansatzpost angeführt - passt aber thematisch dazu, deshalb möchte ich es hier erwähnen - sind die zusätzlichen Mittel für den Instrumentenankauf in der Musikschule (+ € 13.000,--) sowie die Erhöhung der Aufwendungen bei der Tagesheimschule Sonderschule (Rettet das Kind) um € 30.000,--. Die Zuschüsse für sozialpolitische Maßnahmen und darunter fallen auch die heute beschlossene Lehrlingsförderung, wurden auf hohem Niveau ebenfalls um fast 10% noch erhöht. Weitere auffällige Veränderungen betreffen das Standesamt, die dort ausgewiesene Erhöhung um € 56.600,-- ist aber durch personelle Umstrukturierungsmaßnahmen zu erklären. Der Finanzbedarf für die Straßenbeleuchtung wird durch die umfassende Neuerrichtung und Modernisierung der öffentlichen Beleuchtung um € 117.000,-- erhöht. Durch die Nutzung neuester Technologien ergibt sich in Zukunft neben Umwelteffekten und Erhöhung der Sicherheit ein erhöhtes Einsparungspotential. Auf Grund vermehrter Aktivitäten bei der Fassadenaktion wurde auch dort ein höherer Subventionsbedarf notwendig. Es wurden hier € 15.000,-- Mehraufwand getätigt. Auch die Ortsbildpflege wurde heuer wieder mit erhöhtem Aufwand betrieben. (+ € 44.000,--) Bei der Ansatzpost Parkplätze wurde die erste Rate für den Mietkauf für den Erwerb eines Grundstückes zwecks Errichtung eines Parkplatzes bei den Krautgärten verbucht. Die Budgets für die Errichtung von Radwegen, sowie für die Straßenerhaltung wurden um jeweils 20% erhöht. Man sieht, hier wurden ausschließlich Ausgaben für Maßnahmen getätigt, die unmittelbar zu den Kernaufgaben der Kommune gehören. Noch ein Wort zur oft gescholtene Euro-Fanmeile: Trotz der - aus der Sicht des Finanzreferenten – natürlich unerfreulichen Budgetüberschreitung, kommen wir hier durch intelligente Ausnutzung steuerlicher Potenziale ohne zusätzliche nachtragsvoranschlagswirksame Mitteln aus. Vielleicht noch kurz zu den Einnahmen. Hier werden schon leichte Vorzeichen der kommenden Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich. Die Kommunalsteuer, eine Säule der kommunalen Finanzgebarung, hat sich nicht wie erwartet entwickelt. Es sind daher Mindereinnahmen von € 215.000,-- zu verzeichnen.

Auch im Bereich des privaten Haubaus, vor allem bei Einfamilienhäusern ist ein leicht rückläufiger Trend zu beobachten. In diesem Lichte ist auch - wenn auch der geringfügige Rückgang - der Grundsteuer B zu sehen.

Durch Verzögerungen beim Ausbau des Parkplatzes Hyrtlplatz erreichen die Parkgebühren nicht das präliminierte Ausmaß. Die Änderungen im außerordentlichen Haushalt resultieren aus einer technischen Umbuchung im Bereich der Musikpflege, haben aber keinerlei Auswirkungen auf den Saldo. Soweit meine Damen und Herren eine kurze Erläuterung der – meiner Ansicht nach – Eckpunkte des vorliegenden Nachtragsvoranschlages, sie sehen nichts wirklich dramatisches, in Wirklichkeit eine Bestätigung des bisherigen Budgetkurses. Die wichtigsten Dinge wurden ohnehin schon im Voranschlag berücksichtigt. Die zukünftig wichtigen Aufgaben werden wir in der Budgetgemeinderatssitzung in 4 Wochen beschließen und das hoffentlich gemeinsam. Ich werde jedenfalls wieder – wie in den Vorjahren – die anderen Fraktionen zu Gesprächen einladen. Als positives Beispiel möchte ich ausdrücklich hier die Kolleginnen von den Grünen, aber auch die jungen Kollegen von der FPÖ erwähnen, die sich durchaus konstruktiv in die Verhandlungen einbrachten und dann ihre Ideen schlussendlich im Budgetentwurf mehr oder weniger wieder gefunden haben. Ich habe als Finanzreferent in den vergangenen Jahren – das können die mit mir verhandelt haben sicherlich bestätigen - beweisen können, dass ich immer für sachliche Argumente zugänglich bin. Abschließend möchte ich der Finanzabteilung unter der Leitung von Finanzdirektor Generalsekretär Mag. Lebeth für die geleistete Arbeit danken, sie wurde wie immer mit sehr viel Verantwortung und sehr viel Fachwissen durchgeführt. Meine Damen und Herren, ich ersuche sie nunmehr, den vorliegenden Nachtragsvoranschlag als das zu beurteilen, was er ist: ein notwendiges Rechenwerk um Feinabstimmungen vorzunehmen und um den Grundsätzen einer ordentlichen Gebarung Rechnung zu tragen.

Den entsprechenden Beschlussantrag werde ich nach den nun folgenden Wortmeldungen stellen. Ich danke Ihnen.“

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Géza Molnár das Wort. Dieser führt aus:

„Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat, Herr Finanzstadtrat!

Man sieht, dass die Zeit alle Wunden heilt. im Vorjahr haben Sie bei der Budgetsitzung behauptet, dass wir uns bei den Budgetverhandlungen nicht ganz so geschickt angestellt haben, aber auch wir lernen dazu. Zum Nachtragsvoranschlag

möchte ich sagen, dass wir uns mit der politischen Seite des Budgets vorwiegend beim Rechnungsvoranschlag befassen. Dort sagen wir, was uns passt oder was uns nicht passt. In den Fällen des Nachtragsvoranschlages und auch des Rechnungsabschlusses halten wir es so, dass wenn es keine gravierenden Änderungen gibt, wir diesen Zahlenwerken zustimmen, ganz gleich, ob wir dem zugrunde liegenden Budget ursprünglich zugestimmt haben oder nicht. Zugestimmt haben wir heuer dem Rechnungsabschluss, dort war das der Fall und nicht zugestimmt haben wir im Vorjahr dem Nachtragsvoranschlag, weil wir der Meinung waren, dass man dort die budgetierten Ausgaben doch bei weitem und ganz bewusst – wahrscheinlich auf Grund der Gemeinderatswahlen – überschritten hat. Der heurige Nachtragsvoranschlag hat mit einem Volumen von knapp über € 930.000,-- wieder ein Ausmaß erreicht, dass wir aus den vergangenen Jahren 2005 und 2006 kennen. So gesehen betrachten wir Freiheitliche das heute als Formalakt. Natürlich könnten wir zum einen oder anderen Punkt Anmerkungen treffen, dass heben wir uns aber für die Budgetsitzung auf. Wir werden dem heutigen Nachtragsvoranschlag unsere Zustimmung erteilen, Herr Finanzstadtrat, Sie haben bereits gesagt, dass wir sehr interessanten Zeiten zusteuern, nicht nur auf Grund der gesamtwirtschaftlichen Lage sondern weil auch noch nicht klar ist, wie sich der neue Finanzausgleich genau auswirken wird, wie sich die Pakete, die der Nationalrat vor und nach der Wahl beschlossen hat, jetzt auswirken werden. Spannend wird es auch noch im Hinblick auf die budgetäre Situation des Landes, dazu wie schon gesagt, in einigen Wochen mehr. Wir stimmen dem Nachtragsvoranschlag zu.“

Stadtrat Günter Kovacs:

„Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Wie jedes Jahr wurde uns der Nachtragsvoranschlag für das Budget des Jahres 2008 vorgelegt und wie jedes Jahr darf ich dazu anmerken, dass wir über ein fehlerloses Zahlenmaterial verfügen und da möchte ich auch Herrn Finanzdirektor samt Team ein Lob aussprechen. Ein Budget ist auch ein Finanzplan mit Betonung auf „Plan“, Ausfälle und Nachjustierungen können da immer wieder vorkommen und ein Plan kann aus verschiedensten Gründen geändert werden müssen. Aber schauen wir uns jetzt einmal an, wo der schwarze Faden vielleicht ein bisschen gerissen ist. Darüber hinaus sind und doch einige Punkte aufgefallen, die eine enorme Steigerung mit sich gebracht haben. Wir haben zum Beispiel beim Amtsblatt – es geht hier wirklich um kleine Beträge – aber € 4.000,-- oder € 6.000,-- die man zuerst

festgemacht hat, Mehreinnahmen beim Inseratengebühren und dann sind die Druckkosten um € 6.000,-- gestiegen. Ganz verstehe ich diese Rechnungen nicht, die € 6.000,-- können nicht die Inflationsrate gewesen sein? Dann haben wir bei der Kommunalsteuer eine unverhoffte Entwicklung, die € 215.000,-- ausmacht. Dann ist es sich mit den Parkplätzen nicht ganz so ausgegangen, man hat gesagt, dass bei den Stallungen oder am Hyrtlplatz mit Mehreinnahmen gerechnet worden ist. Die Situation am Hyrtlplatz kennen wir, dieser Parkplatz ist leider noch nicht da und ich weiß auch nicht, ob der Parkplatz politisch von der ÖVP so erwünscht ist, wenn man das Rechtsabbiegen nicht möglich macht. Wir haben dann noch die Miete eines Grundstückes beim Krautgartenweg zwecks einer Errichtung eines Parkplatzes Ich habe dort unten noch keinen Parkplatz, der errichtet wird, gesehen. Ich weiß auch nicht, wo der beschlossen wurde? Ich kann mich nicht daran erinnern, dass der Gemeinderat das beschlossen hat. Dann ist mir noch aufgefallen, dass man beim Tagesheim Kleinhöflein, einen ganz großen Posten, nämlich das Tagesheim, vergessen hat, zu budgetieren.

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Wichtig ist doch, dass Tagesheim angeboten wird!“

Stadtrat Günter Kovacs:

„Das ist richtig!“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Und dass das Tagesheim auch durchgeführt wird. Das war nie eine Frage, dass das Tagesheim angeboten wird.“

- Zwischenrufe Gemeinderätin Julia Tinhof –

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Da sagte ich auch, dass es selbstverständlich Tagesheim geben wird.“

Stadtrat Günter Kovacs:

„Darf ich wieder?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Aber selbstverständlich Herr Stadtrat! Bitte fahren Sie fort!“

Stadtrat Günter Kovacs:

„Herr Finanzstadtrat hat gesagt, dass wir auf ein sozial hohes Niveau sind. Für uns Sozialdemokraten, ist das noch immer zu wenig. Die Wirtschaftskrise hat Herr Finanzstadtrat auch schon angesprochen und da muss ich dann schon sagen, dass wenn der Herr Finanzstadtrat sagt, dass er die Wirtschaftskrise erkannt hat, dann ist das schon absehbar gewesen.“

- Zwischenrufe Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth –

Stadtrat Günter Kovacs:

„Na dann hab ich das nicht verstanden!“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Ich glaube, dass das ein Missverständnis gewesen ist.“

Stadtrat Günter Kovacs:

„Ja, dann ist das ein Missverständnis gewesen. Ich habe das so verstanden und dann hätte man an die Bundes-ÖVP ausrichten können, dass wir die Steuerreform vorziehen hätten können und das ist auch nicht der Fall gewesen.“

- Zwischenrufe Mag. Thomas Steiner –

Stadtrat Günter Kovacs:

„Wie eingangs erwähnt ist es sicherlich nicht so einfach, ein ausgeglichenes und auf alle Eventualitäten ausgerichtetes Budget zu erstellen. Die Wünsche, welche die SPÖ erst zum Budget und dann zum Voranschlag eingebracht hat, wurden nicht in dem Ausmaß berücksichtigt, wie wir es gerne gehabt hätten. Das war letztes Jahr so und das ist auch jetzt wieder so. Uns ist klar, ein Budget ist eine Sache der Prioritäten und die SPÖ hat eindeutig andere als die ÖVP. Da wir aber hinter unseren Prioritäten stehen und von Seiten der ÖVP kein Entgegenkommen und keinen Willen zum Kompromiss in machen Sachen bemerken konnten, werden wir dem Nachtragsvoranschlag nicht zustimmen.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Sehr geehrte Anwesende!

Ich habe es mir noch überlegt und mir ist noch etwas eingefallen, da mir bei der Durchsicht der Unterlagen aufgefallen ist, dass sich bei den Ausgaben die

Planungskosten – ich glaube, dass ist beim Bauhof angesiedelt – um € 30.000,-- erhöht haben, nämlich von € 100.000,-- auf € 131.000,--. Als Begründung steht hier, dass das laufende Wachstum höhere Planungskosten erfordert. Meine konkrete Frage dazu wäre: Was ist konkret passiert, dass es gleich um ein Drittel gesteigert werden musste? Das Wachstum der Stadtgemeinde Eisenstadt ist sowieso mein Steckenpferd, weil ich das schon mit einem kritischen Auge beobachte, welche Entscheidungen hier getroffen werden. Ich glaube, dass das für das nächste Jahr eines unserer wichtigsten Themen sein sollte, hier ein geordnetes Wachstum in allen Bezirken zu ermöglichen. Ich würde gerne wissen, welche Maßnahmen hier schon - vielleicht auch vorgehend – geplant wurden bzw. angeschaut wurden, dann kann man sich auch richten, was eventuell dann auch im Budget 2009 zum Zug kommen wird. Wir stimmen dem Nachtragsvoranschlag zu!“

Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Nachdem dies heute wahrscheinlich der letzte Auftritt von Stadtrat Kovacs als Budgetredner war, hatte ich den Eindruck, dass er sich mit dieser zugegebenen schwierigen Materie, nicht besonders wohl gefühlt hat. Ich möchte mich bei ihm bedanken, er war für mich trotz allem ein netter Widerpart, der die ihm oft zugeteilten Spitzen und Seitenhiebe mit der nötigen Gelassenheit eingesteckt hat. Ich hoffe, dass von meiner Seite aus nichts Beleidigendes dabei gewesen ist und wenn doch, dann möchte ich mich dafür entschuldigen. Auch diesmal war und ich muss es leider sagen, in seiner heutigen Wortmeldung wirklich nichts besonders Brauchbares dabei. Stadtrat Kovacs hat in seiner Wortmeldung zum Nachtragsvoranschlag wiederum versucht, seine bekannten polemischen Rundumschläge zu verbreiten und konsequent Erklärungen ignoriert und war so zu sagen beratungsresistent. Faktum ist, stichhaltige Argumente, warum die SPÖ dem Nachtragsvoranschlag nicht zustimmt, habe ich nicht gehört. Ich war nicht verwundert, denn es setzt eine alte Tradition fort, dass man grundsätzlich zu Dingen sich nicht stellt, sondern das man grundsätzlich immer nein sagt. Es ist so und ich habe den Eindruck gehabt, dass man sich gar nicht miteinander auseinandergesetzt hat, sondern das man gleich sagt, da wir schon beim Budget nicht dafür waren sind wir das jetzt auch nicht. Punktum aus. Schade!

Ich bedanke mich beim Gemeinderat Molnár für die positiven Worte, die er der Finanzabteilungen zu Teil werden hat lassen. Es ist auch meine Ansicht, dass

wirklich eine hervorragende Arbeit geleistet wurde. Ein Dankeschön auch an die Grünen, die Antwort zu den Planungsleistungen, es ist so, dass wir die Planungsleistungen die wir hier zukaufen, offensichtlich zu gering angesetzt haben. Es wird eine Vielzahl, auf Grund der personellen Situation und der Aufgaben, die auf die Stadt zukommen werden und da geht es nicht nur um die Weiterentwicklung der Stadt, sondern es gibt eine Vielzahl von Planungen, die die Bauabteilung durchzuführen hat. Wir haben offensichtlich zu wenig Mitarbeiter, die diese Planungsleistungen machen können und es ist auch schon billiger, dass wir die zukaufen und deswegen ist das auch entstanden. Der Wunsch an die Bauabteilung, Ihnen genüge zu tun, war natürlich ursprünglich höhere Kosten einzuplanen. Wir haben gesagt, dass ihr bitte nachschaut, ob ihr mit den € 100.000,-- auskommt und das war also nicht ganz der Fall, deswegen war es auch notwendig hier nachzujustieren. Wir müssen uns das beim nächsten Budget anschauen. Passt das so?“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Ja, dass passt so!“

Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth:

„Okay! Nachdem überwiegend positives Echo auf dem Nachtragsvoranschlag gekommen ist, bedanke ich mich im Namen der Finanzabteilung und im Namen der Mitarbeiter des Hauses für ihr Echo und ich ersuche Sie, mir zu gestatten, von einer Verlesung des ganzen Konvoluts Abstand zu nehmen, dass würde wahrscheinlich den heutigen Rahmen sprengen und ich ersuche Sie, diesen Nachtragsvoranschlag in der vorgelegten Art und Weise zuzustimmen. Nochmals alles Gute und vielen Dank!“

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag mit 16 Stimmen der ÖVP, 2 Stimmen der FPÖ und 2 Stimmen der Grünen gegen 8 Stimmen der SPÖ zum Beschluss erhoben wurde.

7. Prüfungsausschuss, Berichte

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Frau Mag. Claudia Kreiner-Ebinger, Obfrau des Prüfungsausschusses, das Wort, welche den Bericht

über die 4. Sitzung vom 27.10.2008 vorträgt. Die Niederschrift über diese Sitzung bildet einen Bestandteil dieses Protokolls.

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Gemeinderätin Mag. Claudia Kreiner-Ebinger das Wort. Diese führt aus:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Mitglieder des Stadtsenates, Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats!

Ich komme zu meinem Bericht aus dem Prüfungsausschuss vom 27.10.2008. Wobei ich zu Beginn ersuche, meinen Bericht auch ins Protokoll dieser Gemeinderatssitzung aufzunehmen sowie die anderen Berichte auch. Bei der Durchsicht der letzten Protokolle war das nicht der Fall. Die Beschlussfähigkeit war mit 8 Teilnehmerinnen gegeben, Herr Mag. Lebeth, Herr Hahofer und Herr Steindl standen mit Erklärungen und mit Unterlagen zur Verfügung. Als Hauptschwerpunkt prüften wir die Abrechnung der EURO 2008, das Projekt FANTastisch vom 07. bis 29.06.2008. Wir benötigten zwei Sitzungen, da wir für die erste einberaumte Sitzung eine grobe Einnahmen- und Ausgabenrechnung ohne genaue Angaben, wie zum Beispiel die Belegnummern, erhielten, sodass wir nicht konkreter vorgehen konnten. Die vorliegende Abrechnung, die dem Protokoll auch dann beiliegen wird, ist jetzt schon genauer. Diese Abrechnung beinhaltet den Event am Platz des Allsportzentrums aber auch das Familienfest. In der Buchhaltung sind beide Veranstaltungen auf einer Kostenstelle erfasst und aus der vorgelegten Liste gehen folgenden Zahlen hervor, die Kosten laut Buchhaltung brutto betragen € 273.458,42 und die Einnahmen € 75.595,28 ergibt einen Abgang von € 197.863,14 in Nettoszahlen und das finden wir auch im Protokoll, ergibt das gemeinsam mit dem Familienfest Ausgaben im Wert von ca. € 231.276,-- und Einnahmen von ca. € 82.530,-- ergibt einen Abgang von € 148.746,--. Bei einigen größeren Beträgen fragten Mitglieder des Prüfungsausschusses genauer nach, zum Beispiel die Agenturkosten in der Höhe von insgesamt € 58.800,--, hier gab es dann die Erklärung das dieser Betrag von € 36.600,-- anteilig aus diesen Gesamtkosten von € 58.800,-- für die Agentur Hallamasch herausgerechnet wurden und für diese beiden Events zählen, € 36.600,-- nur für diese Events. Wir haben uns den Vertrag mit der Firma Hallamasch angesehen und diskutierten deren Leistungen für die Stadtgemeinde, die Firma Hallamasch wurde für 3 Jahre beauftragt und erhält pro Jahr eben diese € 58.800,-- was einen Gesamtbetrag von € 176.400,-- für verschiedenste Beratungsleistungen ergibt, Events wie das Stadtfest, Martini oder

den Advent. Sehr verwundert waren wir über den Betrag von € 7.000,-- an die Firma Weidinger, die Erklärung dazu wurde dann abgegeben. - Zwischenruf –

Okay, manche waren verwundert! Entschuldigung!

Es kam aber dann eine Erklärung vom Mag. Lebeth dazu, Vorbereitungsarbeiten im Jahre 2007 für diesen Megaevent waren geleistet worden, das heißt, Vorleistungen wurden erbracht. Die Vergabe der Standplätze wie auch alle anderen Ausschreibungen wurden zwar von der Firma Hallamasch bzw. von der Stadtgemeinde getätigt, aber das Interesse der Eisenstädter Betriebe wurde als zu gering beschrieben und so musste die Vermittlungsagentur Neunteufel Vermittlungsprovision bezahlt werden, damit Gastronomiebetriebe aus Wien bzw. Wien Umgebung mitgearbeitet haben. In dieser Summe des Abgangs von € 148.746,-- sind die Leistungen des Bauhofes oder anderer Mitarbeiter nicht enthalten und bei der nächsten Sitzung wird die Aufstellung der Bauhofleistungen noch vorgelegt. Andere größere Posten, die sich dann aus der buchhalterischen Aufstellung vernehmen können, sind zum Beispiel die Miete der Bühnen, in einem Ausmaß von € 40.220,-- oder auch der Sicherheitsdienst ist ein recht großer Posten notwendig, nämlich € 21.800,-- oder die Miete von „Speed Goals“ und anderen Dingen mit einem Betrag von € 25.400,--. Auszugsweise wurden einige Belege und Rechnungen überprüft und deren Richtigkeit festgestellt.

Im Anschluss sind wir dann zur Belegprüfung gekommen, die Belege des 3. Quartals 2008 sind überprüft worden. Hinsichtlich aller geprüften Belege gab es keine Beanstandungen.

Kassastände per 27.10.2008

Die Erste österr. Sparkasse	€	499.394,78
BAWAG	€	8.286,56
Bank Burgenland	€	1.488,33
PSK	€	82.038,34
Raiffeisenbank Eisenstadt	€	10.054,53
Bank Austria Creditanstalt	€	14.697,77
Volksbank Ost	€	0,00
Gesamtstand:	€	615.960,31

Mit diesem Kassenstand ist die Bezahlung der Darlehensraten per 31.10.2008 und der Gehälter für November gegeben.

Beim Allfälligen ist die Anfragebeantwortung vom letzten Prüfungsausschuss noch angestanden.

Es gab eine Anfrage zu einer Pflegegelduntersuchung. Die Erklärung vom Mag. Lebeth, das die Zahlung an Dr. Böhm betreffend Durchführung von Pflegegelduntersuchungen, gegangen ist.

Wir haben dann nachgefragt, weil wir Frau Dr. Burkhardt als Amtsärztin haben, die Erklärung dazu war, dass sich der Leistungsaufwand für dem Amtsarzt vergrößert bzw. vermehrt hat und es können nicht alle Tätigkeiten vom Amtsarzt bzw. von unserer Amtsärztin nun selbst durchgeführt werden. Es müssen daher einige Leistungen fremd vergeben werden und da die Pflegegelduntersuchungen auch von einem praktischen Arzt durchgeführt werden dürfen, wurde hier Herr Dr. Böhm gewählt.

Eine weitere Anfrage betraf eine Handyabrechnung in der Gemeinde, auch hier die Erklärung von Herrn Mag. Lebeth, das es sich bei der Überprüfung Handyabrechnung um notwendige Dienstgespräche während eines Krankenstandes gehandelt hat.

Danke, für die Aufmerksamkeit.“

Die Vorsitzende stellt fest, dass eine Äußerungen des Kassenführers Mag. Michael Lebeth vom 22.10.2008 und 07.11.2008 vorliegen, die folgenden Wortlaut hat: „Den Berichten des Prüfungsausschusses vom 24.09.2008 und 27.10.2008 habe ich nichts hinzuzufügen.“

Gemäß den Bestimmungen des § 76 Abs. 7 des Eisenstädter Stadtrechtes nimmt hierauf die Bürgermeisterin den Bericht zur Kenntnis. Gleichzeitig dankt sie der Obfrau und den Mitgliedern des Prüfungsausschusses für die durchgeführte Kontrolltätigkeit.

8. Allfälliges

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Gemeinderätin Mag. Susanne Wallner-Osztovits das Wort. Diese führt aus:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte!

Wir haben in Eisenstadt schon seit vielen – ich glaube seit 1992 oder 1994 – das sehr hilfreiche und lobenswerte City-Taxi, dass aber in letzter Zeit in Misskredit

geraten ist, weil es leider auch Betrügereien ermöglicht hat. Dies ist bei einem oder mehreren Unternehmen vorgekommen. Eine Möglichkeit um zukünftigen Betrug zu vermeiden, ist möglicherweise die Transparenz bei der Vergabe von City-Taxi Lizenzen, mit Transparenz ist eine vorgegebene Anzahl von Taxis gemeint, die bestimmte Qualitätsmerkmale erfüllen müssen und auch regelmäßig darauf hin kontrolliert werden. Meine Fragen lauten:

1. Welche Konsequenzen wird der nachweisliche Betrug für die betroffenen Unternehmen haben?
2. Wie viele Taxis haben momentan überhaupt die Lizenz City-Taxi zu sein?
3. Gibt es verschiedene Arten von Lizenzen? Wenn ja, von wem wurde diese Differenzierung nach welchen Gesichtspunkten festgelegt und nach welchen Kriterien wird die zukünftige Lizenzvergabe erfolgen?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Selbstverständlich wird das Konsequenzen haben, denn das ist ein strafrechtlicher Tatbestand. Die Lizenzen werden entzogen und die weiteren Schritte stehen dann bei den Gerichten. Es sind 25 Taxis unterwegs und bei der zukünftigen Lizenzvergabe gibt es eine Ausschreibung.“

Gemeinderätin Mag. Susanne Wallner-Osztovits:

„Wo Kriterien festgelegt werden? Eine Antwort fehlt mir noch, gibt es verschiedene Arten von Lizenzen oder ist das Vereinheitlicht?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Ich weiß jetzt nicht, was Sie mit verschiedenen Arten von Lizenzen meinen?“

Gemeinderätin Mag. Susanne Wallner-Osztovits:

„Zum Beispiel ob manche zeitlich befristet sind?“

– Zwischenrufe -

Alles einheitlich? Okay, danke!“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Herr Stadtrat Kovacs hat eine Verständnisfrage, die ich mit ihm schon geklärt habe. Es war eine Frage, die den Senat betroffen hat. Ich glaube, dass ich jetzt klar, denn er war der Meinung, dass es verschiedene Lizenzen gäbe, wo ihm Herr Magistratsdirektor und ich versichert haben, dass das dieselben Lizenzen sind.“

Wenn jedoch jemand später einsteigt, ändert das natürlich, von der Ausschreibung her, die Laufzeit.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Sehr geehrte Anwesende!

Ich habe eine Frage zu den City-Taxis! Das heißt, wie viele Lizenzen werden konkret entzogen?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

Die Erhebungen laufen und ich werde bei Abschluss dem Gemeinderat das Ergebnis selbstverständlich berichten.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Meine Anfrage betrifft das Jugendzentrum, sprich die Jugendarbeit in der Gemeinde, da ist für mich auch eine Antwort ausständig.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„In diesem Fall habe ich Herrn Gemeinderat Deli gebeten, dass weiterzugeben.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Okay, na gut! Kann das gleich beantwortet werden, denn dann steht es wenigstens im Protokoll auch drinnen.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Im Protokoll wird stehen, dass das Konzept für das Jugendzentrum wurde Frau Gemeinderätin Dragschitz übergeben.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Es geht nicht nur um das Konzept, sondern auch um die zweite Frage, wie das nun aussieht, wie viele Leute beschäftigt sein werden? Dann hätte ich noch wissen wollen, wie der aktuelle Stand ist, ob das, was in der letzten Sitzung gesagt wurde, auch so verwirklicht wird? Ich glaube, dass es geheißen hat, dass das Anfang Dezember zum Laufen anfangen wird. Ist dieser Zeitplan noch aktuell und wie viele Leute werden dort in welche Stundenausmaß beschäftigt sein? Das war nämlich meine zweite Frage, die ich gestellt habe und die auch noch nicht beantwortet worden ist.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Das hat Frau Gemeinderätin Tinhof damals beantwortet, wo ihr beiden vor der Sitzung nicht miteinander gesprochen hattet.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Ich hätte aber gerne eine offizielle Auskunft!“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Für mich war das damit beantwortet, weil Frau Gemeinderätin Tinhof das eben weitergegeben hat.“

- Zwischenruf Istvan Deli -

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Das kann schon sein. Okay, ich stehe auch drinnen. Gut, Dankeschön.“

Gemeinderätin Mag. Susanne Wallner-Osztoivits:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte!

Wie Sie alle auch, habe ich den Wunsch des Finanzstadtrates entsprochen und habe mich im Vorfeld der heutigen Gemeinderatssitzung sehr eingehend mit dem Nachtragsvoranschlag auseinandergesetzt. Ich bin aus einem Posten nicht schlau geworden und hoffe, dass mir Herr Finanzstadtrat helfen kann. Die Gemeinde Eisenstadt zahlt nämlich im heurigen Jahr € 34.000,-- Miete an Parkraumbenützung von einem Parkraum, den es gar nicht gibt. Es handelt sich hier anscheinend um ein Feld oder eine Wiese im Bereich der Krautgärten. Ich habe mir von Herrn Finanzdirektor erklären lassen, dass wir im kommenden Jahr noch mehr für diese unbenützte Fläche zahlen werden müssen. Als Vermieter an die Freistadt Eisenstadt scheint eine Firma GIWA auf, diese Firma hat scheinbar einen Sitz in Wien. Mehr konnte ich leider über dieses Unternehmen nicht erfahren. Meine Fragen dazu lauten:

1. Um welches Unternehmen handelt es sich?
2. In welcher Geschäftsbranche ist diese Firma tätig?
3. Wer hat die Verhandlungen mit der Firma geführt?
4. Auf wie viele Jahre wurde der Mietvertrag unterzeichnet?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Wenn Sie vielleicht Platz nehmen würden, dann kann Herr Stadtrat vom Rednerpult aus antworten.“

Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth:

„Liebe Frau Gemeinderätin!

Ich gehe davon aus, dass wenn was im Gemeinderat gesagt wird, auch aufpasst wird. Ich entnehme es aus meinem Protokoll und zitiere - bei der Ansatzpost Parkplätze wurde die erste Rate nämlich als Mietkauf für den Erwerb eines Grundstückes zwecks Errichtung eines Parkplatzes bei den Krautgärten verbucht (+ € 34.000,-). Das heißt, dass es diesen Parkplatz noch nicht gibt, sondern das Grundstück und das war die erste Rate für den Mietkauf den wir hier hinein genommen haben. Der Parkplatz wird nächstes Jahr errichtet und wir haben uns jetzt erst einmal den Kaufvertrag gesichert und dieser Parkplatz wird nächstes Jahr bei den Krautgärten errichtet. Das ist in Wahrheit diese Position! Dann bitte ich Herrn Finanzdirektor, da ich nicht mit dieser Firma verhandelt habe, sondern die Verwaltung, dass er das erklärt.“

Finanzdirektor Mag. Michael Lebeth:

„Bei diesem Parkplatz Krautgärten bzw. Grundstücksicherung für einen eventuellen Parkplatz Krautgärten handelt es sich um das ehemalige Langer Grundstück. Bei dem ehemaligen Langer Grundstück zu einem Kaufpreis von € 140,- pro Quadratmeter hat es eine Option bis 31.12.2007 gegeben. Da diese Option ausgelaufen wäre und wir keine Möglichkeit gehabt hätten, diese Liegenschaft zu sichern, hat es Gespräche mit Herrn Wagner Anton gegeben. Ich weiß jetzt aber die Gesellschaftlichen Verhältnisse nicht genau, aber der vertritt die Firma GIWA. Herr Wagner ist ein Eisenstädter und warum diese Firma eine Wiener Adresse hat, weiß ich nicht und ist mir aber auch in Wirklichkeit egal. Der ist für uns in Wirklichkeit in Vorlage getreten, dass diese Option gezogen werden konnte, weil sie sonst verfallen wäre. Wir hätten dann eventuell im heurigen bzw. nächsten Jahr dieses Grundstück um teures Geld kaufen müssen. Hinter der Firma GIWA, der Geschäftsführer ist Herr Anton Wagner, die genaueren Gesellschaftsanteile kenne ich nicht, da müsste man im Firmenbuch nachsehen. Diese Firma GIWA macht die Immobilienentwicklung und hat auch beim Generationenzentrum Liegenschaften.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Ist die Frage damit beantwortet? Diese Firma macht Immobilienentwicklung und es geht darum, dass wir in dieser Lage zu einem günstigen Preis diesen Platz bzw. dieses Grundstück für Dauerparkplätze, die unsere Stadt sicherlich nötig hat, gesichert haben.“

Finanzdirektor Mag. Michael Lebeth:

„In diesen Entscheidungsprozess war auch Baudirektor Leinner miteingebunden. Für das große Siedlungsgebiet, in welchen schon die ersten Wohnungen stehen, brauchen wir auch notwendige Flächen für Grünanlagen und Spielplätze und diese Fläche können wir dann auch in dieses gesamte Bebauungsgebiet einbringen. Das heißt, wir können diese Fläche jetzt einmal für Parkplätze verwenden und wenn es später einmal notwendig ist, wenn dieses Gebiet komplett aufgeschlossen ist, diese Flächen die wir relativ günstig gekauft haben, als öffentliche Flächen einbringen.“

- Zwischenruf Gemeinderätin Susanne Wallner-Osztovits –

Finanzdirektor Mag. Michael Lebeth:

„Das weiß ich jetzt leider nicht. Ich glaube auf 10 Jahre, wobei das ein Mietkauf ist. Wir haben zum Beispiel dasselbe Konstrukt für den Kindergarten Kasernenstraße. Dort haben wir auch vor 8 Jahren über einen Mietkauf - ich glaube der BEWAG – diese 2 Wohnungen abgekauft um dort den Kindergarten führen zu können. In diesem Fall ist die letzte Rate nächstes bzw. übernächstes Jahr zu bezahlen und das ist haargenau dasselbe Modell.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Auf die Art und Weise wird Vermögen für die Stadt geschaffen und es ist sicherlich auch wichtig, dass wir uns in diesem Gebiet auch miteinbringen können.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Wo wurde dieser Ankauf beschlossen und wenn es ein Mietkauf ist, ob das unter bestimmte Richtlinien fällt? Wird da die gesamte Summe gesehen? Kann der Stadtsenat diesen Kauf veranlassen und da es ein Mietkauf ist, würde es auch auf mehrere Raten gehen? Ich hätte gerne gewusst, wer das beschlossen hat?“

Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth:

„Ist im Budget drinnen!“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Wer hat diesen Mietkauf beschlossen? Ist das der Senat gewesen? Na, wer dann?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Wenn es im Budget drinnen ist, ist das ein Vorschlag der Verwaltung und auf diese Art können wir das Grundstück sichern.“

Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth:

„Jede Ausgabe wird nicht beschlossen?“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Was heißt, dass nicht jede Ausgabe beschlossen wird?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Der Vertrag wurde selbstverständlich von Seiten der Gemeinde von mir unterschrieben, aber nach Beschluss des Budgets.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Dann muss man sich sehr gut überlegen, ob man dem Budget zustimmt, wenn alles gleich umgesetzt wird! War das so als Mietankauf im Budget drinnen?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Yasmin noch einmal, um das abklären zu können. Nachdem das rechtlich eine Miete ist, brauche ich dazu keinen Gemeinderatsbeschluss.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Was ist das Gesamtvolumen von diesem Kauf wenn dieser Mietkauf dann abgeschlossen ist?“

- Zwischenrufe -

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Tut mir leid, ich bin keine Mathematiklehrerin! Wie viel ist das Gesamtvolumen von dem Kauf? Okay, € 280.000,--! Wenn € 280.000,-- beschlossen werden, müsste dann die Summe über € 280.000,-- im Gemeinderat beschlossen werden oder kann das rein theoretisch auch der Stadtsenat beschließen? Ich frage jetzt allgemein, wo diese Summe von € 280.00,-- beschlossen werden müsste, wenn es auf einmal gekauft wird?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Wenn es gekauft wird, muss es im Gemeinderat beschlossen werden!“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Das heißt, man kann sich mit Mietkäufen einen Gemeinderatsbeschluss ersparen?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Man kann sich aber auch mit Mietkäufen ein Grundstück leisten!“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Aber trotzdem, sehe ich das jetzt richtig, dass man kann sich mit Mietkäufen einen Gemeinderatsbeschluss ersparen kann?“

- Zwischenrufe -

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Also, ja! Dankeschön!“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Ich nehme an, Frau Gemeinderätin Dragschitz, dass du nicht dagegen bist, dass die Gemeinde in so einer Art und Weise Grundstücke zum günstigen Preis erwirbt und sichert!“

- Zwischenruf Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz -

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Es ist ein Mietvertrag!“

Finanzdirektor Mag. Michael Lebeth:

„Der Vertrag wurde so gestaltet, dass es sich um einen ganz normalen Mietvertrag handelt. In diesem Vertrag habe ich die Option hineinreklamentiert, dass die Freistadt Eisenstadt innerhalb der Vertragslaufzeit von 10 Jahren, dieses Grundstück erwerben wollen, wo wir dann einen Gemeinderatsbeschluss benötigen. Diese bereits bezahlte Miete wird dem Kaufpreis angerechnet bzw. von dort abgezogen. Wenn wir in den nächsten 10 Jahren sagen, dass wir das Grundstück kaufen, dann gehört es uns und wenn wir in 10 Jahren mit dem Grundstück nichts machen, dann gehört es weiterhin der Firma GIWA. Das ist jetzt ein kaufmännisches Geschick, das ich jetzt darauf schaue, dass ich es mit der letzten Rate kaufen werde. Wenn wir aus

irgendwelchen Gründen oder anderen Liegenschaftsverkäufen finanzielle Mittel zur Verfügung habe, kann ich dieses Geld verwenden. Dann gehe ich zum Geschäftsführer der Firma GIWA, frage ihn wegen des Kaufpreises und kaufe es ihm dann ab. Dazu brauche ich einen Gemeinderatsbeschluss. Wenn ich zum Beispiel eine Wohnung miete und ich die Miete nicht mehr bezahlen kann, bleibt die Wohnung beim Eigentümer. In unserem Vertrag haben wir die Chance dieses Grundstück dann käuflich zu erwerben.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Unter Abzug der schon bezahlten Summen!“

- Zwischenrufe –

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Es mir klar, dass es sich hier um eine Art der Finanzierung handelt. Ich möchte auch klarstellen, dass ich mir das als Gemeinderat durch den Kopf gehen lassen sollte, ob es okay ist, dass durch diese Mietankäufe Gemeinderatsbeschlüsse vorweg genommen werden. Na ja, in 10 Jahren kann ich das kaufen und in 10 Jahren mache ich dann den Beschluss und wenn nicht, habe ich 10 Jahre lang Miete gezahlt. Nach 10 Jahren wird dann keiner mehr sagen, wenn wir 10 Jahre lang gezahlt haben, dass wir jetzt nicht kaufen, denn wir haben das eigentlich schon gekauft. Das ist dann nur mehr ein formaler Beschluss.“

- Zwischenrufe -

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Ich halte diese Tatsache für gegeben, dass wegen des Mietankaufs die Gefahr besteht, über den Gemeinderat drüberzufahren, indem Entscheidungen über Summen, die normalerweise im Gemeinderat gefällt werden müssen, durch Mietankäufe vorweg genommen werden, zum Beispiel über 10 oder 15 Jahre. Nachher heißt es dann, dass es nach 15 Jahren einen Gemeinderatsbeschluss gibt und wir dann das Grundstück kaufen oder auch nicht und wir 10 oder 15 Jahre lang Miete bezahlt haben. Das halte ich für ein bisschen bedenklich!“

Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth:

„Deine Überlegungen sind grundsätzlich richtig und es war auch niemals die Absicht, irgendwie den Gemeinderat zu hintergehen. In diesem Falle war das so, dass durch

das Auslaufen der Option die Chance da war, dieses Grundstück durch kurzfristiges Agieren mit diesem Mietkauf zu sichern, weil wir das Geld zu diesem Zeitpunkt nicht hatten. Hätten wir zu diesem Zeitpunkt das Geld gehabt, hätten wir in den Gemeinderat gehen können und sagen können, dass wir das Grundstück kaufen wollen. Jetzt im Moment ist es so, dass wir diese erste Rate bezahlt haben, um uns das Recht zu sichern, nächstes Jahr, wenn wir das Geld haben, dieses Grundstück zu kaufen. Dann müssen wir in den Gemeinderat, dort wird das dann besprochen und ganz normal beschlossen, hätten wir das nicht gemacht, dann hätten wir das Grundstück nächstes Jahr auch kaufen können, aber wahrscheinlich nicht um € 140,- - sondern um € 180,- bzw. € 200,-. Denn in dem Moment, wo ruchbar wird, dass die Gemeinde ein Grundstück kaufen will, steigt der Preis um mindestens 50 %. Bitte nicht irgendwelche Verschwörungstheorien vermuten, sondern das ist schlicht und einfach die Vorgangsweise gewesen, um der Gemeinde das günstig zu sichern. Ist das soweit klar! Okay, danke! Wenn wir das Geld haben und wir der Meinung sind, dass wir das Grundstück kaufen wollen, gibt es den Beschluss und dann wird es gekauft.“

Gemeinderat Peter Hutap:

„Werte Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Der Verein „Burgenländischer Haydnfestspiele“ wird vom Bund jährlich mit € 160.000,- gefördert, ein entsprechendes Ansuchen ist auch für das kommende Jahr abgegeben worden. Es ist uns nichts bekannt, dass das nicht genehmigt worden wäre. Diesbezügliche Medienberichte Ende September, sind auf Gerüchte zurückzuführen, die damals im Hinblick auf die bevorstehende Nationalratswahl von bestimmter Seite gestreut wurden. Du, Frau Bürgermeister, sitzt im Vorstand des Vereines und weißt natürlich genau, über betreffende Budgetmitteln bescheid. Außerdem sitzt du im Beirat für das Haydnjahr 2009 und weißt, dass der Bund dafür € 2 Millionen subventionieren wird.

Meine Frage dazu lautet:

1. Wenn Stadtrat Kovacs für das Haydnjahr 2009 zuständig ist, warum sitzt dann nicht Herr Stadtrat Kovacs im Beirat?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Herr Stadtrat Kovacs ist von mir mit der Koordinierung mit dem Land betraut worden. Herr Landesrat Bieler lädt mich immer ein und ich finde auch, dass das bei

mir in guten Händen ist. Herr Stadtrat Kovacs hat sich bei keinem einzigen Termin bei mir gemeldet, was die Stadt während des Haydnjahres vorhat oder welche Ergebnisse bei den Gesprächen mit Herrn Landesrat Bieler rausgekommen ist, daher glaube ich, dass das weiterhin bei mir sehr gut aufgehoben ist. Zu deiner Feststellung, dass seien nur Zeitungsenten gewesen, dass das Ministerium Kürzungen geplant habe, diese Vorschläge gab es sehr wohl. Ich habe an die Frau Minister geschrieben und sie hat mir auch geantwortet und gesagt, dass die Kürzungen – sie hat sich selbst von der Güte überzeugt – für das Haydnjahr nicht schlagend werden. Ich darf auch in Erinnerung rufen, dass die Stadt mit dem Sonderbudget „Joseph Haydn“ für das nächste Jahr eine Verdoppelung der Unterstützung der Haydntage beschlossen hat, somit sind wir die einzigen, die erhöht haben und in den letzten Jahren den Beitrag gleich hochgehalten haben. Sowohl von der Bundes- wie auch von der Landesseite sind die Mitteln reduziert worden.“

Stadtrat Günter Kovacs:

„Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Ich werde Herrn Landesrat Bieler fragen, wer ihm dort als Beirat lieber wäre. Das wollen wir hier mal festhalten! Es ist für mich unglaublich, dass bei der vorigen Sitzung Herr Mag. Steiner drei Fragen an mich gerichtet hat und ich dann draufgekommen bin, dass Frau Bürgermeisterin das alles spielend beantworten hätte können. Du hättest nur Frau Bürgermeisterin fragen müssen!“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Herr Stadtrat, wenn man sich immer hinstellt und behauptet man macht Arbeiten, dann muss man damit rechnen, dass man gefragt wird. Ich hätte mich wirklich gefreut, bei diesen Pressemeldungen – was jetzt die Unterstützung vom Bund betrifft – das du entweder mich gefragt oder dich gemeldet hättest. Es geht nicht darum, von wem farbmäßig das Ministerium besetzt ist, sondern es geht um die Sache. Man sollte sich nicht nur bei den anderen, sondern auch bei den eigenen Ministerien melden. Sehr gut wäre dann noch zu betonen, wie wichtig das für die Stadt ist. Das hätte ich mir von dir erwartet und das hätte mich wirklich gefreut.“

Stadtrat Günter Kovacs:

„Du hast mich bei keinem einzigen Termin – wenn ich der Koordinator der Stadtgemeinde Eisenstadt bin – eingeladen und zu mir gesagt, dass wir das beide besprechen. Bin ich Einlader? Bin ich der Bürgermeister? Nein, na eben! Die Bürgermeisterin lädt ein!“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Nein, die Bürgermeisterin hat nicht eingeladen, sondern Herr Landesrat Bieler hat eingeladen. Aber ich sage dem Helmut sehr gerne, dass er dich auf die Einladungsliste setzen soll. Es wundert mich, dass am Anfang Herr Vizebürgermeister Mock immer bei den Sitzungen anwesend war. Du warst am Anfang bei den ersten drei oder vier Sitzungen und dann kam auf einmal niemand. Es hat aber immer Herr Landesrat Bieler eingeladen. Also, dass bitte dorthin melden.“

Stadtrat Günter Kovacs:

„Ich habe gemeint, was die Stadt betrifft. Du hast mich, was die Stadt betrifft, nicht eingeladen, dass will ich festhalten.“

- Zwischenrufe -

Gemeinderat Géza Molnár:

„Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Ich möchte nur kurz etwas zu den jetzigen Vorkommnissen sagen! Ich möchte keinen Kollegen das Recht nehmen eine Wortmeldung abzugeben bzw. eine Frage zu stellen. Ich stelle mir manchmal schon die Frage, was dieses Geplänkel zwischen SPÖ und ÖVP eigentlich soll. Ich möchte mich nicht dazu äußern, wer aus meiner Sicht mehr provoziert. Tatsache ist, dass beide Parteien im Stadtsenat sitzen und nur gestritten wird, da wundert es mich nicht, dass nicht mehr Zuhörer zu den Gemeinderatssitzungen kommen und sich selbst vergewissern, wie es hier abläuft. Ich weiß schon, dass die SPÖ in einer schwierigen Situation ist, weil sie einerseits im Senat mit dabei sind und auf der anderen Seite natürlich eine absolute Mehrheit im Gemeinderat gegen sich hat. Bei gewissen Fragen muss es möglich sein, diese vorab im Senat abzuklären oder mit dem Finanzdirektor. Ich verstehe bei gewissen Fragen nicht, was man damit bezwecken will.

Das erste betrifft die S 31, es hat eine gemeinsame Veranstaltung der Grünen und von uns Freiheitlichen gegeben, wo wir uns im Gasthaus Wimmer in St. Georgen mit den Folgen der Verlängerung der S 31 in Richtung Schützen beschäftigt haben und zwar mit den Folgen für Eisenstadt. Das Thema wird zwar in den Regionalmedien sehr intensiv behandelt aber es ist natürlich so, dass es in der Stadt kaum noch ein Problembewusstsein dafür gibt, weil es einfach nicht sichtbar ist und wir es uns nicht so vorstellen können, wie sich das vielleicht auswirkt. Ich war sehr erfreut, dass bei dieser Veranstaltung auch Vertreter der ÖVP anwesend waren, an der Spitze mit Herrn Vizebürgermeister Dr. Schmall, und ich war noch mehr erfreut, über die Wortmeldung des Herrn Vizebürgermeisters, der gemeint hat, dass die Stadt auch gegen den Lückenschluss ist. Es ist mittlerweile so, dass die S 31 verlängert wird und wir befürchten eben, dass es zu einem Lückenschluss mit dem hochrangigen Straßenbezirk Neusiedl kommt. Es streitet auch niemand ab, dass das Auswirkungen auf die Lebensqualität in der Umgebung und damit auch in der Stadt hätte, weil man das auf den Planungen der Europäischen Kommission zum Beispiel sehr gut sieht, dass das einen Lückenschluss im transeuropäischen Verkehrsnetz darstellt. Herr Vizebürgermeister hat sich dahingehend geäußert, dass die Stadt auch gegen den Lückenschluss wäre und er auch in Aussicht gestellt, dass man sich im Gemeinderat eine gemeinsame Vorgehensweise in Form einer Resolution vorstellen kann. Ich habe einen Entwurf einer Resolution aufgesetzt und ich möchte den dann auch an alle Parteien austeilen. Das ist ein Entwurf, der für alle Korrekturen offen ist, ein Entwurf der auf die politischen Hauptstreitpunkte nicht eingeht, welche Umfahrung für Schützen besser wäre, dass geht Eisenstadt gar nichts an. Ich werde auch nicht auf die Thematik Volksbefragung im Jahr 2001 eingehen, denn ich habe alles weggelassen, was irgendwie für parteipolitisches Hickhack gebräuchlich wäre. Ich wäre froh, wenn sich alle vier Parteien bis zum nächsten Mal auf eine Resolution einigen könnten und wir das dann bei der Sitzung im Dezember auch im Gemeinderat beschließen könnten.

Dann hätte ich noch Fragen:

1. Wir haben vor geraumer Zeit einen Antrag eingebracht, man möge sich mit der Idee Internet-TV befassen. Frau Bürgermeisterin, wie schaut es hier aus, hat man das schon geprüft?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Es gibt wie gesagt mehrere Anbieter bei dem einem, denn ihr, glaube ich, auch in Auge habt, war zuerst die Bildqualität nicht sehr überzeugend. Sie haben jetzt gesagt, dass sei inzwischen besser geworden. Man wird sich das Ganze sicherlich im Rahmen des Budgets anschauen müssen. Zu einer genaueren Entscheidung ist es noch nicht gekommen, sonst hätten wir schon darüber geredet.“

Gemeinderat Géza Molnár:

„Aber man behält die Sache im Auge!“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Ja, man behält das weiter im Auge.“

Gemeinderat Géza Molnár:

„Dann wiederhole ich meine Frage vom letzten Mal, gibt es eine Abrechnung oder Bilanz von der Weinkost? Wie schaut es da aus? Bevor ich mir die Antwort von meinem Platz aus anhöre, hat mich Frau Gemeinderätin Dragschitz darauf aufmerksam gemacht, nachdem sich die SPÖ für die Jugendgemeinderäte angetragen hat, möchte ich bekannt geben, dass ich der frauenpolitischer Sprecher der FPÖ bin und auch gerne zu den Gemeinderätinnen kommen werde.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Es ist schön, dass unsere fraktionsübergreifenden Treffen jeweils so gut angenommen werden. Man sieht, dass im Gemeinderat Eisenstadt die Stimmung doch eine bessere ist, als die im Burgenländischen Landtag und natürlich auch von der Qualität der Wortmeldungen her. Den Entwurf der Resolution bitte ich dann zu verteilen und ich bin mir sicher, dass sich alle Fraktionen das ansehen werden.“

Gemeinderat Josef Weidinger:

„Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Ich organisiere zwar nicht als Gemeinderat das Fest der 1000 Weine, möchte aber etwas darauf antworten. Bei den letzten 7 bis 8 Rechnungen des Festes der 1000 Weine sind ein paar gravierende Fehler seitens der Firma unterlaufen und ich habe diese dann zurückgeschickt. Ich werden in den nächsten 2-3 Wochen in erster Linie Frau Bürgermeisterin und dann in weiterer Folge auch den anderen, die

Abrechnung vorlegen. Das Ganze wäre schon fertig, aber wie schon erwähnt, gab es bei den Rechnungen gravierende Fehler.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Ich habe gerade von Herrn Stadtrat Tinhof einen wichtigen Hinweis bekommen, ich darf nicht vergessen, die Einladung fürs Gemeinderätinnen-Treffen korrekt zu gendern. Das mache ich natürlich auch!“

Gemeinderat Mag. Thomas Steiner:

„Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nachdem lustigen Schluss des Kollegen Molnár, muss ich wieder ein bisschen ernster werden. Für mich ist die heutige Gemeinderatssitzung eigentlich im Zeichen einer wirklich guten Initiative gestanden. Diese Lehrlingsunterstützung durch die Stadt, ist eine Initiative von unserem Gemeinderat Istvan Deli gemeinsam mit den Grünen und der FPÖ. Das finde ich hervorragend, dass ist eine so konstruktive und sachliche Arbeit, wie ich es mir für die Stadt vorstelle. Wenn man sich die Vorkommnisse der letzten Zeit anschaut, muss man sich schon fragen, was hat die SPÖ zu bieten. Leider muss ich feststellen, dass die SPÖ nicht viel zu bieten hat. Auf der Habenseite der SPÖ stehen Polemik, Parteipolitik, schlecht machen und untätig sein. Jetzt ist aber eine Grenze erreicht und das sage ich wirklich mit Ernst und das meine ich so, wo wir sicherlich nicht mehr zuschauen. Ich möchte drei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit heranziehen, das erste Beispiel ist ein bisschen lustig und erheiternd, nämlich die Geschichte mit der Anfrage. Der Grund dieser Anfrage war eigentlich – ich wollte mal schauen – ob es beim Stadtrat Kovacs auch Sachpolitik gibt. Das Herr Stadtrat Kovacs bei der letzten Gemeinderatssitzung mir nicht beantworten konnte, war mir Antwort genug. Mit Sachpolitik hat er nichts am Hut, aber okay! Das zweite Beispiel ist schon ein bisschen ernster, dass war die gestrige Veranstaltung der Stadt, der Martini-Kirtag, was da passiert ist, war ein klassischer parteipolitischer Missbrauch einer Stadtveranstaltung. Es ist eine Frechheit zu behaupten, es wäre der SPÖ-Martini-Kirtag und sich dann hinzustellen und zu sagen, dass wir jetzt eine landes- oder bundespolitische Propagandaveranstaltung machen, zeigt null Respekt gegenüber dem Landesfeiertag. Einerseits über die armen Unternehmer jammern und dann am Martini-Kirtag neben den Standln Getränke und Maroni verschenken.“

- Zwischenrufe –

Gemeinderat Mag. Thomas Steiner:

„Da frage ich mich, wo ist das große Eintreten für die kleinen Wirtschaftstreibenden? Der arme Maronibrater muss sein Geld zahlen und sein Geld verdienen und ihr konkurriert ihm da. Ich sage euch das jetzt, zahlt denen den Gewinnentgang. Das war wirklich nicht in Ordnung! Ich finde es auch in Ordnung, dass sich viele Leute aufregen. Es tut euch nicht gut und deshalb sage ich, dass ist euch einmal gelungen, aber das zweite Mal sicher nicht mehr. Deshalb gibt es auch den Antrag der ÖVP, das genau zu regeln, um solche Missbräuche durch Bundes- oder Landesparteiorganisationen zu verhindern. Die dritte Sache ist allerdings eine Sache, da ist wirklich die Grenze überschritten worden. Ich habe heute schon die City-Taxi-Problematik angesprochen, wo es offenbar zu Betrugsdelikten gekommen ist. Das ist noch nicht ermittelt, aber es schaut so aus. Ich habe mir den Artikel aus der Homepage der SPÖ ausgedruckt und wenn man sich das anschaut, lautet der Artikel folgendermaßen: „Der so genannte „Taxibetrug“! All das, ist eine Verniedlichung einer möglichen Straftat, die zeigt die Geisteshaltung, die dahinter steckt. Das ist aber nur der Titel, die Kuriositäten beginnen dann im Text. Erster Absatz, die Stadtregierung vergibt eine Lizenz nach der anderen. Ich gehe davon aus, dass als Stadtregierung der Senat gemeint ist! Das ist eine Art der Selbstgeiselung, was mich überrascht hat. Nächster Absatz, dass die Bürgermeisterin die Lizenzen eigenmächtig vergibt. Ich meine dazu, dass eigenmächtig gar nichts vergeben wird. Frag einmal den Magistratsdirektor! Es passiert alles auf Grundlage von Gesetzen und Verordnungen, eigenmächtig ist eine andere Sache. Einen Satz weiter lese ich, dass die ÖVP Pfründe vergibt. Ich kenne mich jetzt überhaupt nicht mehr aus, wer ist jetzt das Ziel deiner Angriffe, die Bürgermeisterin, die ÖVP oder der Stadtsenat? Tatsache ist, dass die 25 Lizenzen vom Gemeinderat beschlossen worden sind und es nicht mehr Lizenzen gibt. Es wird dort dann von Lizenzwucher gesprochen! Was ist ein Lizenzwucher?“

- Zwischenruf –

Gemeinderat Mag. Thomas Steiner:

„Weißt du was ein Wucher ist? Wucher bezeichnet das Angebot einer Leistung, zu einer deutlich übererhöhter Gegenleistung unter Ausnützung einer Schwächesituation des Vertragspartners!“ Willst du das ernsthaft der Stadt

unterstellen? Wenn man diese Kuriositäten und diese Gedankengänge anschaut, könnte man lächeln, aber der Schluss ist wirklich der Höhepunkt der politischen Unkultur. Sinngemäß steht im Artikel drinnen, dass eigentlich die Taxler, die das Delikt des Betruges verwirklicht haben, eigentlich gar nicht die Täter sind, sondern die Taxler sind die eigentlichen Opfer. Wer ist jetzt der Täter? Ich lese euch den Satz aus dem Artikel vor: „Man sollte sich hüten, etwas madig zu machen, wenn der grundlegende Fehler auf einen selber zurück geht – denn die unkontrollierten Lizenzvergaben durch die ÖVP hat erst zum Engpass für die Taxler geführt, der leider zum Anlass für eine ungesetzliche Handlung genommen wurde.“ Was heißt das?“

- Zwischenrufe Gemeinderat Elmar Benedek -

Gemeinderat Mag. Thomas Steiner:

„Das ist eine Sache die einfach unverschämt ist und ich würde mich schämen, wenn ich so etwas machen würde.“

- Zwischenrufe –

Gemeinderat Mag. Thomas Steiner:

„Übrigens, ich muss noch einmal auf das Martinifest zurückkommen. Der Einzige, der ein bisschen Anstand gezeigt hat, war der Parteivorsitzende Heinz Mock. Herr Kollege Mock war wenigstens nicht dort, dem war das offenbar peinlich. So, jetzt kannst du rauskommen und dich für diese Patzer zu entschuldigen!“

- Zwischenruf Vizebürgermeister Heinz Mock –

Gemeinderat Gezá Molnár:

„Frau Bürgermeister als Vorsitzende!

Ich bitte jetzt um Verständnis, ich bin jetzt ehrlich gesagt nicht mehr bereit, mir diese Streitereien noch länger anzuhören und da denn Paartherapeuten zu spielen.“

- Zwischenrufe -

Gemeinderat Gezá Molnár:

„Das werden wir jetzt auch tun! Schönen Abend noch!“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Wir protokollieren, dass die FPÖ und die Grünen hinausgegangen sind.“

Stadtrat Günter Kovacs:

„Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Ich verstehe die FPÖ und die Grünen, weshalb sie den Raum verlassen haben. In meiner Presseaussendung habe ich niemanden Vorwürfe gemacht. Ich möchte das jetzt festhalten, dass ich der Bürgermeisterin nicht unterstellt habe, dass sie in irgendeiner Betrugsabsicht gehandelt hat. Jetzt kommen wir zu den Lizenzvergaben und ich möchte auch sagen, Thomas, weil du noch zu kurz im Gemeinderat bist, weißt du das nicht, wie das passiert ist. Wir haben eine Senatsitzung gehabt, wo Lizenzen auf einen kürzeren Zeitraum, auf Option mit Verlängerung noch vergeben worden sind. Das war damals das Taxiunternehmen Ladinig, das Herr Stadtrat Freismuth in der Stadtgemeinde Eisenstadt vorgeschlagen hat. Wir haben dann mehrere Lizenzen dazubekommen.“

- Zwischenrufe -

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Herr Stadtrat Kovacs, es sind Lizenzen ruhend gelegt worden und darum sind wir immer bei der Zahl von 25. Der Vorwurf ist nicht nachzuvollziehen.“

Stadtrat Günter Kovacs:

„Wir haben dann Taxilizenzen dazubekommen, dass ist Fakt gewesen. Aber man hat nie die Marktsituation in Eisenstadt beleuchtet, man hat nie geschaut, ob sich das für 20 Taxis oder 15 Taxis ausgeht. Wenn man sich mit einem Taxler unterhält und der muss dann mit € 3,- bzw. € 4,- in der Stunde auskommen, wird es schwierig. Das habe ich gemeint, auf einer Seite tituliert sich die ÖVP als Wirtschaftspartei und andererseits wird diese Wirtschaftlichkeit nicht berücksichtigt, dass verstehe ich nicht!

Ich möchte mich beim Bauausschussvorsitzenden Weidinger bedanken, der es immerhin möglich gemacht hat, den Behindertenparkplatz beim Hohensteiner errichten zu lassen! Danke!“

Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth:

„Deine Meldung, ich hätte irgendeinen Vorschlag gemacht, muss ich zurückweisen. Das ist wahrscheinlich auf Antrag für das Protokoll bitte und zum zweiten, wenn du genau recherchiert hättest und dir die Fahrten der einzelnen Unternehmer angeschaut hättest, hättest du bemerkt, dass bei weitem keine 25 Autos unterwegs sind. Es sind zwar 25 Lizenzen vergeben, aber es gibt einige Unternehmer, die viel mehr Lizenzen haben, als Fahrer. Das heißt, es fahren bei weitem keine 25 Autos sondern nicht einmal 15. Deine Aussagen sind durch nichts belegbar, völlig schlecht recherchiert, man braucht sich nur die Statistik anzuschauen, wie viele Fahrten die Firma X zu Beginn gemacht hat und wie viel sie jetzt macht. In Wahrheit ist es notwendig gewesen, um das System aufrechtzuerhalten, dass zusätzliche Taxiunternehmer in den Prozess mit hinein genommen werden. Es sind nicht mehr Taxis dadurch gefahren und wirtschaftlich ist das überhaupt nicht zu rechtfertigen was du sagst.“

- Zwischenrufe -

Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth:

„Wenn es nicht wirtschaftlich ist, kann jeder seine Tätigkeit einstellen und muss nicht fahren. Er kann dann als „normales“ Taxi fahren, das ist überhaupt kein Problem. Er kann seine Lizenz zurücklegen und bis jetzt hat noch keiner offiziell eine Lizenz zurückgelegt. Danke.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Es war zwar das Versprechen, dass das die letzte Wortmeldung wäre, aber ich muss eines sagen, dass ich noch nicht ganz zufrieden bin. Ich finde, dass das zwar eine Selbstverständlichkeit ist, mir nicht Betrug vorzuwerfen. Ich finde, dass eine Entschuldigung angebracht wäre, denn der Text ist eindeutig so zu verstehen.“

Stadtrat Günter Kovacs:

„Ich habe kein Problem, wenn das falsch verstanden worden ist, dass ich mich bei dir entschuldige. Ich möchte aber schon festhalten, dass es nie meine Absicht war, dass dieser Text falsch verstanden wird. Das ist so nicht drinnen gestanden! Ich möchte mich, wenn das für dich falsch herübergekommen ist, bei dir entschuldigen.“

Gemeinderätin Mag. Claudia Kreiner-Ebinger:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Gemeinderäte und Gemeinderätinnen!

Eine Frage zu Firma Hallamasch: Ist hier vorgesehen, dass die jetzt 3 Jahre für die Gemeinde arbeiten werden und doch € 167.000,-- für die Beratungstätigkeit laut Ausschreibung erhalten werden? Ist eine Präsentation für uns alle vorgesehen? Wo liegen die Veränderungen? Welche Projekte plant diese Firma? Wenn nicht, wäre das ein Ansuchen von uns zwecks Transparenz, damit wir sagen können, wie der Martini bzw. der Advent wird?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Nehme ich gerne auf!“

Gemeinderat Elmar Benedek:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Der Bildungsbereich wurde heute schon angesprochen und im Ausschuss Schule, Jugend, Sport ist uns bezüglich Tagesheim Volksschule Eisenstadt mehrmals gesagt worden, dass mit Schulbeginn längstens mit Ende Oktober, das Tagesheim eröffnet wird. Bis heute ist das Tagesheim in der Volksschule Eisenstadt noch immer nicht geöffnet! Die Frage jetzt an dich, Frau Bürgermeister, wann wird das Tagesheim eröffnet oder haben wir da eine ähnliche Geschichte wie beim Turnsaal der Hauptschule Eisenstadt im Vorjahr?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Herr Gemeinderat, du kannst sicher sein, dass diejenigen die für diese Verzögerung verantwortlich sind, die entsprechenden Schritte gesetzt werden. Es ist auch mir versprochen worden, dass das Tagesheim fertig sein wird. Lieferverzögerungen können passieren, aber darum sind Leute auch da, die darauf achten sollen. Es werden die entsprechenden Schritte gesetzt und in der nächsten Woche sollte das Tagesheim in die Räumlichkeiten hineinkommen.“

Gemeinderat Elmar Benedek:

„Wie schaut es mit den Werkräumen aus?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Die Werkräume werden fertig. Mein Vorschlag war, dass die alten Möbel – der Werkraum selbst ist fertig – einstweilen verwendet werden. Ich halte es nicht für zielführend, dass ein Raum leer steht, weil man auf die neuen Möbeln wartet. Es wurde mir gesagt, dass das ein Wunsch von Frau Direktor wäre.“

Gemeinderat Elmar Benedek:

„Weiters habe ich eine Frage zur Volksschule Kleinhöflein! Wir haben jetzt in Kleinhöflein eine neue Volksschule und mir ist in einem privaten Gespräch mit Herrn Stadtbezirksvorsteher Schweifer gesagt worden, dass allerspätestens Ende Oktober der Turnsaal fertig sei und das die Kinder dann endlich im Turnsaal turnen könnten. Frau Bürgermeister, wann wird der Turnsaal in Kleinhöflein endlich fertig gestellt sein?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Es hat sich leider bei diesem Turnsaal herausgestellt, dass von der ausführenden Baufirma mit den Lüftungsschächten etwas nicht in Ordnung war und deshalb haben sich die Arbeiten verzögert, sehr zu meinem Missvergnügen, denn sie sind jetzt beim Boden. Wir können den Kindern zwar die Möglichkeit anbieten im Bewegungsraum des Kindergartens zu turnen, aber auch hier gilt dasselbe, dass derzeit alle Haftungsfragen abgeklärt werden müssen.“

Gemeinderat Elmar Benedek:

„Wann kann man jetzt damit rechnen, dass der Turnsaal in der Volksschule Kleinhöflein fertig ist?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Nachdem die Lüftungsfrage endlich geklärt ist, die Seitenwände gemacht wurden und der Boden jetzt gemacht wird, war die letzte Auskunft, die ich bekommen habe, Mitte Dezember.“

Gemeinderat Elmar Benedek:

„Also, Mitte Dezember ist der Turnsaal in Kleinhöflein fertig?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Du kannst sicher sein, dass ich das im Auge behalten werde. Es werden alle Haftungsfragen deutlich geprüft.“

Gemeinderat Elmar Benedek:

„Gut, danke!“

In Ermangelung weiterer Tagesordnungspunkte schließt die Vorsitzende die Sitzung des Gemeinderates um 19:10 Uhr.

Der Schriftführer:

Die Vorsitzende:

Die Beglaubiger: